



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Oktober 2012

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

## KOLUMBIEN – Hoffnung auf Frieden

### Neuer Anlauf für Verhandlungen mit der FARC-Guerilla

Nach 50 Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen mit der FARC-Guerilla unternimmt Präsident Santos einen neuen Anlauf zur Lösung des Konflikts in Kolumbien, der bisher Tausende von Menschenleben gefordert, eine Vielzahl von Entführungen und einen sprunghaften Anstieg des Drogenanbaus- und -handels mit sich gebracht hat.

In Europa hört man in unregelmäßigen Abständen von diesem Konflikt, wie z.B. im Rahmen der Befreiung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt oder bei Tötungen von FARC-Führern. Aber nur wenige wissen, was dieses Kürzel bedeutet, welches die Hintergründe des Konflikts sind und wer die Akteure.

Unsere Auslandsmitarbeiter Dr. Hubert Gehring (Leiter des Stiftungsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien) und Dr. Christian Steiner (Leiter des Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika)<sup>1</sup> haben dies zum Anlass genommen, ein Informations- und Berichtspaket zu erstellen, das Information und Analyse - sowohl in politischer als auch in rechtlicher - Hinsicht bereitstellt. Ergänzt werden die Berichte durch zwei Interviews mit Zeitzeugen, die zu den juristischen und politischen Implikationen des aktuellen Verhandlungsprozesses Stellung nehmen.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

<sup>1</sup> Unterstützt wurden sie dabei von Margarita Cuervo, Ginna Rivera und Sylvia Gontermann.



Inhalt:

1. Informationen zur Geschichte und zu den Akteuren des „Konflikts“ in Kolumbien.....Seite 3
  
2. „Der Frieden ist wichtiger als meine Wiederwahl“ – Hoffnung auf ein Ende des Konflikts mit der FARC in Kolumbien  
– eine politische Analyse .....Seite 11
  
3. Wieviel Gerechtigkeit kann Kolumbien wegen des Friedens willen opfern ?  
- Rechtliche Aspekte der Friedensverhandlungen in Kolumbien .....Seite 15
  
4. „Die Chancen stehen sehr gut“  
Interview mit Dr. Rosember Ariza Santamaría.....Seite 18
  
5. „Dieses Mal ist es anders“  
Interview mit Padre Darío Echeverri .....Seite 22
  
6. Allgemeines Abkommen zur Beendigung des Konfliktes  
und zur Herstellung eines stabilen und dauerhaften Friedens .....Seite 26



## Informationen zur Geschichte und zu den Akteuren des „Konflikts“ in Kolumbien

### Vorgeschichte

Im 19. Jahrhundert begann eine Spaltung der kolumbianischen Gesellschaft, je nach Parteizugehörigkeit, in konservative und liberale Familien, die sich gegenseitig regelrecht bekämpften (so der sogenannte „Krieg der 1.000 Tage“ 1899 bis 1902). Der Höhepunkt wurde am 9. April 1948 erreicht, als es nach der Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Elcier Gaitán zum sogenannten „Bogotázo“ mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam und landesweit die Epoche der „Violencia“ einsetzte. Die konservative Regierung gab der Kommunistischen Partei die Schuld an der Eskalation, das Militär und die Polizei verübten vor allem auf dem Land regelrechte Massaker in verdächtigen Ortschaften. Im Gegenzug entstanden Selbstverteidigungsgruppen, mit denen sich die Betroffenen gegen diese Übergriffe verteidigten bzw. dafür rächten.

Im Jahr 1953 kam General Rojas Pinilla durch einen Militärputsch an die Macht und gewährte allen beteiligten Gruppierungen eine umfassende Amnestie, einerseits, um der „Violencia“ ein Ende zu setzen, andererseits aber auch mit dem Hintergedanken, danach unbegrenzt an der Macht bleiben zu können. Diese immer offensichtlicher werdenden Ambitionen brachten ihn 1957 zu Fall. Danach einigten sich die beiden verfeindeten Parteien in der sog. „Frente Nacional“ (Nationale Front) auf ein gemeinsames Abkommen, das die politischen und öffentlichen Ämter auf die beiden traditionellen Parteien gemäß der erzielten Wahlergebnisse regelte und bis in die 70er Jahre die politischen Verhältnisse zementierte.

Da es in dieser Zeit an einer effizienten Opposition fehlte, blieben viele notwendige Reformen aus. So wurden die Eigentumsverhältnisse bei der Landverteilung nie endgültig geregelt, eine umfassende Agrarreform, die brachliegendes Land an Kleinbauern verteilen sollte, wurde nie realisiert. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs und es bildete sich Zündstoff für die Gründung der zunächst linksgerichteten Guerillaorganisationen, die sich gegen die Staatsgewalt wendeten und mit einer kommunistischen Ideologie anfänglich die Rechte der ärmeren Bevölkerungsschichten verteidigen wollten, während die Großgrundbesitzer paramilitärische Gruppierungen organisierten, um ihr Eigentum zu schützen. Diese Entwicklungen sind auch vor dem Hintergrund der kubanischen Revolution von 1959 zu betrachten.

### Akteure des Konfliktes

#### ***Staat - Militär***

Der kolumbianische Staat gilt als einer der wichtigsten Akteure im bewaffneten Konflikt ist laut Verfassung verpflichtet, „das Leben und die Ehre jedes einzelnen Bürgers zu schützen, ohne Ansehen seiner sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Stellung“ (gem. Artikel 11, 12 und 13 der kolumbianischen Verfassung).

Zu Beginn des Konfliktes, war es zunächst Aufgabe der Polizei sich direkt mit den Guerilla-Gruppen auseinanderzusetzen, wozu es ihr jedoch an der notwendigen Kapazität fehlte. Daher wurde in den 60er Jahren beschlossen, das Militär gegen diese Gruppierungen einzusetzen.

Dadurch wurde das Militär zu einem der bedeutendsten Akteure im Kampf gegen die Guerilla. Auf der anderen Seite wurden ihm allerdings auch schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, wie z.B. Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen paramilitärischen Gruppen (Paramilitärs oder kurz Paras), außergerichtliche Exekutionen oder gewaltsames Verschwindenlassen von Personen, was seine Legitimität in der Gesellschaft gefährdete.



Von Seiten des Staates wurden im Verlauf des Konfliktes mehrfach Friedensverhandlungen mit den einzelnen Akteuren des Konfliktes begonnen. Dazu weiter unten noch eine ausführliche Aufstellung.

### ***FARC-EP Fuerzas Armadas Revolucionarios de Colombia (Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee)***

Diese Guerilla-Organisation entstand am 27. Mai 1964, also vor 48 Jahren, als sie sich erstmals landesweit organisierte. Seitdem sind die FARC-EP die wichtigste Guerillagruppe in der Geschichte des bewaffneten internen Konflikts Kolumbiens und die älteste Guerilla weltweit.

In den 60er Jahren begannen „agrар-kommunistische“ Bewegungen verschiedene Regionen Kolumbiens zu kontrollieren, die als „Unabhängige Republiken“ (berühmt wurde die Unabhängige Republik Marquetalia 1964) bezeichnet wurden. Die FARC organisierten sich anfänglich mit dem Ziel, diese Gebiete und die darin lebende Agrarbevölkerung gegen die Militärs und Übrigefen der Großgrundbesitzer zu verteidigen. Die in den 80er Jahren zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes angewandten Methoden wie Entführungen und Erpressungen sowie die Änderung der Kampf-Strategie haben jedoch dazu geführt, dass diese Guerilla-Gruppe ihren ursprünglichen Sinn verlor. Der radikale Wandel setzte 1982 nach einem Gipfeltreffen aller Kommandanten der verschiedenen „Fronten“ und der Gründung eines Generalstabes ein, der erstmals die gesamte Organisation koordinierte. Dabei wurde auch die Übernahme der Staatsgewalt als erklärtes Ziel der FARC beschlossen. Formell wurden die beiden Buchstaben „EP“ für „Ejercito popular“ (Volksarmee) dem Namen hinzugefügt, als Teil des Planes „Bolivarianische Kampagne für ein neues Kolumbien“.

Ihre bis zu 16.000 Kämpfer haben die FARC nach und nach auf die verschiedensten Regionen des Landes in Form verschiedener „Fronten“ verteilt. Dabei setzten sie nicht nur auf Guerilla-Taktiken, sondern nahmen in großen Teilen ihres Territoriums de facto staatliche Funktionen wahr, mehrere Gebiete wurden ausschließlich von den FARC kontrolliert, so dass eine staatliche oder militärische Präsenz dort nicht mehr gegeben war.

Mit der Zeit entwickelten sie sich immer mehr zu einer „Narco-Guerilla“, die von den Einnahmen aus dem Drogengeschäft lebte, ihre Ideologien verblassten zusehends. Mit der massiven Bekämpfung unter Präsident Álvaro Uribe (2002-2010), unterstützt durch die USA im Rahmen des „Plan Colombia“<sup>2</sup> von 1999, begann die Schwächung der militärischen Organisation der FARC: Wichtige Führer wurden gefangen genommen oder getötet, wie etwa der Sprecher des Oberkommandos Raúl Reyes im März 2008. Insgesamt wurden die FARC zurückgedrängt.

Die FARC operieren auch in den Grenzgebieten zu Brasilien, Ecuador, Panama, Peru und Venezuela und versuchten diese Länder als „save heaven“ zur Auffrischung ihrer Kräfte zu nutzen. Bis zu seinem natürlichen Tod im März 2008 standen sie unter dem Kommando von Pedro Antonio Marin Marin alias „Manuel Marulanda“ oder „Tirofijo“. Ein weiterer Schlag gelang dem kolumbianischen Militär in September 2010, als sie den militärischen Führer der FARC, Victor Julio Suárez Rojas alias „Mono Jojoy“ töteten. Ab 2008 führte Guillermo León Sáenz Vargas alias „Alfonso Cano“ die Guerillaorganisation, bis zu seinem Tod durch die kolumbianischen Streitkräfte im November 2011. Seither ist Rodrigo Londoño Echeverri, alias "Timochenko" der Anführer der Guerillagruppe.

---

<sup>2</sup> Der „Plan Colombia“ ist eine integrierte Strategie, um den drängendsten Herausforderungen Kolumbiens zu begegnen: Förderung des Friedensprozesses, Bekämpfung der Narco-Industrie, Wiederbelebung der Wirtschaft sowie Stärkung der demokratischen Grundlagen der kolumbianischen Gesellschaft. Der „Plan Colombia“ umfasste 7,5 Mrd. US-Dollar, von denen die Regierung Pastrana 4 Mrd. US-Dollar bereitstellte und den Rest von der internationalen Gemeinschaft forderte.



### ***Paramilitärs***

In den 60er Jahren kamen die paramilitärischen Gruppen in Kolumbien auf. Im Jahr 1965 wurde ein Dekret herausgegeben, das die Gründung von Selbstverteidigungs-Gruppen unter der Kontrolle der offiziellen Streitkräfte erlaubte. Diese Rechtsfigur begünstigte jedoch in den 80er Jahren die Entstehung verschiedener bewaffneter Einheiten unter dem Kommando des organisierten Drogenhandels, der sie als Privatarmee benutzte.

Während der Friedensgespräche unter der Regierung des Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986) mit verschiedenen Guerilla-Gruppen (bei denen die Paramilitärs nicht beteiligt wurden), machten sich diese Gruppierungen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den offiziellen Streitkräften zunutze, um ihren Einflussbereich in verschiedenen Regionen auszuweiten.

In den 80er Jahren dehnte sich das Phänomen des Paramilitarismus auf das gesamte kolumbianische Territorium aus, ohne dass die staatlichen Streitkräfte direkt etwas dagegen unternommen hätten. Zu Beginn der 90er Jahre wurden die Paramilitärs zunächst wie ein Teil des organisierten Drogenhandels behandelt. Dadurch konnten sie sich weiter ausweiten, da man sich in diesem Bereich lediglich auf die Bekämpfung des Kartells von Medellín konzentrierte und die Regierung sogar geheime Allianzen mit den Paras einging. Während der Regierung von Ernesto Samper (1994-1998), wurde die Gründung von sogenannten "Kooperativen für die Sicherheit auf dem Land" (Asociaciones Convivir) vorgeschlagen und vor allem im Department Antioquia praktiziert, wo der spätere Präsident Álvaro Uribe Vélez seinerzeit Gouverneur (1994-1997) war. Dadurch sollte den Großgrundbesitzern mehr Sicherheit geboten werden.

Diese Convivir wurden daraufhin in großem Ausmaß gegründet und bildeten gewissermaßen die Keimzelle des Paramilitarismus. Im Jahre 1997 organisierten sich die verschiedenen bestehenden Selbstverteidigungsgruppen und die Paramilitärs unter dem einheitlichen Namen AUC - Autodefensas Unidas de Colombia (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens), unter dem Kommando der Gebrüder Castaño, vor allem Carlos Castaño, der als der politische Führer der Gruppe angesehen wurde. Im selben Jahr erkannte die Regierung die AUC als einen weiteren Akteur im bewaffneten Konflikt an.

Nach dem Beginn der Friedensverhandlungen unter der Regierung von Andrés Pastrana (1998-2002), erfuhren die AUC ihren größten Aufschwung, da die offiziellen Streitkräfte nicht in der Lage waren, effizient gegen die Guerilla-Gruppen vorzugehen. Das stärkte die Position der AUC, so dass beim Amtsantritt von Álvaro Uribe und dem Erlass des Gesetzes "Justicia y Paz" im Jahre 2005, ein eigener Demobilisierungsprozess mit ihnen begonnen wurde und man ihren Anführern im Gegenzug großzügige Strafminderungen anbot, die einfachen Kämpfern sollten einem Prozess von „Vergeben und Vergessen“ unterworfen werden.

### ***Movimiento 19 de Abril - M-19***

Die "Bewegung 19. April" oder M-19, war eine illegale Gruppierung, die sich auf den städtischen Bereich konzentrierte. Sie entstand nach einem vermuteten Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen am 19. April 1970, als Misael Pastrana Borrero zum Präsidenten (1970-1974) gewählt wurde.

Die Gruppe M-19 führte einige medienwirksame Aktionen durch, wie z.B. den Raub des Degens von Simón Bolívar, die Ermordung eines Gewerkschaftsführers, den sie als Verräter bezeichneten und den spektakulären Überfall auf ein Waffenarsenal der Armee, der vorher indirekt in Zeitungsanzeigen angekündigt wurde. Am 27. Februar 1980 besetzten sie die Botschaft der Dominikanischen Republik in Kolumbien, die blutig endete. Auch zeigten sie sich gerne als eine Art „Robin Hood“ und überfielen z.B. Milchtransporte oder Supermärkte, um die Waren später an Bedürftige in den städtischen Elendsvierteln zu verteilen, was ihnen eine gewisse Sympathie in der Bevölkerung eintrug.



Im Jahr 1985 führte die M-19 jedoch einen Schlag aus, der ihr Ende bedeuten sollte: sie besetzten den Justizpalast in Bogotá ein und verlangten die Präsenz des Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986), um ihn öffentlich zu verurteilen. Das Militär und die Polizei töteten die 35 Guerrillero, die an dem Überfall beteiligt waren. Dabei kamen jedoch auch die Hälfte der Richter des Obersten Gerichtshofes und 53 Privatpersonen um, die sich im Gerichtsgebäude befanden. Der Palast wurde mit einem Großteil der Justizakten niedergebrannt. Die Befreiungsaktion der Regierung ist wegen der zahlreichen unbeteiligten Opfer heute noch umstritten. Erst kürzlich wurde der verantwortliche Befehlshaber wegen des Verschwindenlassens einer im Palast befindlichen Person zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Das Urteil stieß unter den Militärs, aber auch in der Bevölkerung auf Kritik.

Danach begannen Friedensgespräche mit dieser Gruppe, sowohl unter der Regierung von Belisario Betancur, als auch seines Nachfolgers Virgilio Barco (1986-1990). Am 8. März 1990 wurde beschlossen, die Waffen niederzulegen und mit der neugegründeten politischen Bewegung Alianza Democrática M-19 unter der Leitung ihres obersten Kommandanten Carlos Pizarro Leóngómez, aktiv an der Politik teilzunehmen.

Als dieser sich dann bei den Präsidentschaftswahlen 1990 als Kandidat bewarb, wurde er umgebracht. Sein Nachfolger, Antonio Navarro Wolf kam jedoch auf den dritten Platz, nach dem liberalen und dem konservativen Kandidaten. In der Verfassungsgebenden Versammlung, die Teil des Friedensabkommens war, war die M-19 mit 19 Repräsentanten als größte Gruppe vertreten. In der Folgezeit fielen Mandatsträger und Führungspersonlichkeiten Attentaten zum Opfer, so dass die Bewegung heute nicht mehr besteht, aber viele ihrer ehemaligen Mitglieder sind in den linksorientierten Parteien Polo Democrático Alternativo oder Partido Progresista aktiv. Der gegenwärtige Bürgermeister der Stadt Bogota (das Amt wird als das zweitwichtigste politische Amt in Kolumbien nach dem Staatspräsidenten angesehen), Samuel Moreno Rojas, gehört der Partei Polo Democrático an.

### ***EPL - Ejército Popular de Liberación (Volksbefreiungs-armee)***

Die EPL wurde 1968 als bewaffneter Flügel der orthodoxen Kommunistischen Partei Kolumbiens gegründet.

Während der Friedensverhandlungen unter Belisario Betancur 1984, hat diese Gruppierung die Feuerpause dazu ausgenutzt, ihre Präsenz auf ganz Kolumbien auszuweiten und 3.000 Kämpfer zu rekrutieren. Nach einigen Rückschlägen, wie der Ermordung ihrer Anführer, die Gebrüder Calvo, beschlossen sie Anfang der 90er Jahre, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. 2.600 Personen wurden demobilisiert und engagierten sich in der politischen Bewegung „Esperanza, Paz y Libertad“ (Hoffnung, Frieden und Freiheit).

Die FARC sahen diese politische Bewegung jedoch als politischen Feind an und brachten gezielt mehr als 200 ihrer Mitglieder um, was die übrigen wiederum dazu veranlasste, wieder zu den Waffen zu greifen. Momentan hat die EPL weniger als 200 Mitglieder und gilt eher als Stadtguerilla mit Präsenz in einigen wenigen Departments.

### ***ELN – Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee)***

ELN – Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee)

Diese Gruppe wurde offiziell am 7. Januar 1965 nach dem Überfall auf das Dorf Simacota mit einer Ansprache nach dem Muster der Reden von Fidel Castro und Che Guevara in der Kubanischen Revolution gegründet. Die Kommandanten waren die Gebrüder Marco, Antonio und Fabio Vásquez Castaño (nicht zu verwechseln mit dem Führungsduo der Paramilitärs gleichen Namens).

Die ELN wollte die Unterstützung der Bevölkerung für ihren Kampf gegen die etablierten politischen und militärischen Kräfte erhalten. Für sie war die Revolution der einzige Weg, um die politische Klasse Kolumbiens zu besei-



tigen. Dabei fanden sie Sympathisanten vor allem unter Studenten. Der ehemalige Arbeiterpriester und Befreiungstheologe, Camilo Torres, 1966 im Guerrillakampf getötet, wurde zu ihrer Symbolfigur. Sie gilt als drittgrößte Guerilla, die in Kolumbien operiert und ihre Aktionen konzentrierten sich zunächst auf einige wenige Departments.

Die ELN ist im Vergleich zu den FARC eine wesentlich kleinere Gruppe und ihre Anführer stammen aus dem städtischen Umfeld. Historisch wurde diese Gruppierung eher als der bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei angesehen als eine militärische Organisation.

Seit den 80er Jahren finanziert sich die ELN durch Entführungen und Erpressungen vor allem im Bereich der Ölindustrie. Die ELN besteht bis heute, spielt jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle im Konflikt.

### ***Narcotráfico (Drogenhandel)***

Das Aufkommen des Drogenhandels in den 80er Jahren – inklusive Schmuggel, Erpressung und Geldwäsche – ist eng mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes verknüpft. Der Drogenanbau und -handel wurde vor allem von den ärmeren Bevölkerungsschichten als eine Möglichkeit gesehen, zu schnellem Reichtum zu kommen und bot für viele der illegalen Gruppen eine Finanzierungsquelle.

Am bekanntesten waren die Kartelle von Medellín, Cali, Norte del Valle und der Küste. Durch die Figur seines Anführers, Pablo Escobar, hat vor allem das Kartell von Medellín traurige Berühmtheit erlangt. Escobar war für eine ganze Reihe von Verbrechen verantwortlich, die die Geschichte des Landes geprägt haben, darunter die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Carlos Galán im Jahr 1989. Das Kartell von Cali wurde seit 1985 von den Brüdern Miguel und Gilberto Rodríguez Orejuela angeführt, bis zu deren Verhaftung im Jahre 1995. Der Anführer des Kartells der Küste wurde nach seiner Verhaftung an die USA ausgeliefert. Das Kartell del Norte del Valle wuchs vor allem in den 90er Jahren, nachdem die Kartelle von Medellín und Cali zerschlagen waren. Seine Anführer, wurden 2008 ermordet.

Seit den 80er Jahren begann die FARC mit diesen Kartellen zusammenzuarbeiten, was ihnen den Ruf einer „Narco-Guerrilla“ eintrug. Nach der Demobilisierung der AUC im Jahr 2006 und ihrer Neuorganisation in den „Bandas Emergentes en Colombia“ (BACRIM), verbündeten sich diese auch mit den Guerillagruppen FARC und ELN im Anbau und Handel mit den Drogen.

Bereits seit fast 5 Jahrzehnten wird versucht, dem Konflikt in Kolumbien ein Ende zu setzen. Die ersten Verhandlungen nahm der Präsident Belisario Betancur während seiner Regierungszeit von 1982 bis 1986 auf, sowohl mit den FARC, als auch mit der M-19 und der sogenannten Arbeiterselbstverteidigung - Autodefensa Obrera (ADO).

Dabei wurde 1984 eine Feuerpause erreicht und die Demobilisierung eines Teils der FARC. Diese ehemaligen Guerilleros und ein Teil der kommunistischen Partei gründeten daraufhin die politische Partei UP-Unión Patriótica (Patriotische Union). Die wichtigsten Anführer der FARC, Manuel Marulanda und Jacobo Arenas, kehrten jedoch nicht in das bürgerliche Leben zurück und organisierten die Guerillagruppe bald neu, ein Grossteil der Parteimitglieder der UP wurde umgebracht, weshalb weite Teile der FARC eine Rückkehr in die Legalität ausschlossen.

Die Verhandlungen mit der M-19 endeten mit dem Tod ihres Kommandanten Iván Marino Ospina. Danach verschärfte die M-19 ihre Aktionen, die 1985 mit der Einnahme des Justizpalastes ihren Höhepunkt fanden.



### ***Abkommen unter Virgilio Barco (1986-1990)***

Die erfolgreichsten Verhandlungen wurden unter Virgilio Barco geführt, vor allem mit der M-19, die nach dem Überfall auf den Justizpalast stark dezimiert wurde. Mit den Gesprächen zwischen Januar 1989 und März 1990 wurde die Demobilisierung und Auflösung dieser Guerilla erreicht, die sich danach in einer politischen Partei organisierte.

Auch die Gespräche mit der EPL verliefen erfolgreich und im Mai 1990 wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Demobilisierung der meisten Mitglieder dieser Gruppierung zur Folge hatte. Trotzdem entzogen sich einige Kämpfer unter der Führung von Francisco Caraballo dem Prozess, so dass sich die Gruppe erst nach seiner Gefangennahme 1994 ganz auflöste.

Während der Amtszeit von Virgilio Barco begannen auch die Gespräche mit der Guerrilla-Gruppe PRT – Partido Revolucionario de los Trabajadores (Revolutionäre Arbeiterpartei), die 1982 gegründet wurde. Dieser Prozess endete mit dem Abkommen von Ovejas, Sucre im Januar 1991, als bereits César Gaviria (1990-1994) die Präsidentschaft übernommen hatte. Damals ca. 200 Mann demobilisiert.

Barco hatte auch Verhandlungen mit der sogenannten CGSB - Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar (Guerrilla-Koordinierung Simón Bolívar) begonnen, einer Dachorganisation der FARC, ELN und der Dissidenten der EPL, jedoch ohne Erfolg.

### ***Verhandlungen unter César Gaviria (1990-1994)***

Außer der Unterzeichnung des o.g. Abkommens mit der PRT hat der Präsident César Gaviria Trujillo (1990 - 1994) die Demobilisierung der bewaffneten indigenen Bewegung Movimiento Armado Quintín Lame erreicht. Als im März 1991 die Verfassungsgebende Versammlung erstmals zusammentrat, legten 150 Kämpfer dieser Gruppierung in einer Zeremonie in Pueblo Nuevo die Waffen nieder.

Gaviria versuchte zum dritten Mal, einen Dialog mit der CGSB. Im Mai 1991 wurde der Beginn von Verhandlungen in Caracas, Venezuela beschlossen. Aber wegen des Putsches gegen den Präsidenten Carlos Andrés Pérez in Venezuela mussten die Gespräche nach Mexiko verlegt werden.

Diese Verhandlungen fanden ein jähes Ende als die EPL den ehemaligen Minister Argelino Durán Quintero entführte, der in der Gefangenschaft einem Herzinfarkt erlag.

### ***Das Abkommen von Puerta del Cielo (Himmelsporten)***

Während der Amtszeit von Ernesto Samper (1994 - 1998) wurden die wichtigsten Verhandlungen mit der ELN im Kloster Himmelsporten bei Mainz begonnen. Dabei spielte auch der deutsche Vermittler Wilhelm Mauss, eine wichtige Rolle. Er organisierte für die wichtigsten Köpfe der ELN eine Reise nach Europa, unter anderem auch in den Vatikan, wo die Katholische Kirche den Friedensplan segnete.

Danach gab es Treffen in Spanien, wo 1998 ein geheimer Vorvertrag unterzeichnet wurde, der jedoch verworfen wurde, nachdem die Presse darüber berichtete.

Im Juli 1998 wurde im Kloster Himmelsporten (Puerta del Cielo) bei Mainz ein Vorschlag der Guerrilla für eine „Convención Nacional“ (nationales Abkommen) erarbeitet. Es blieb jedoch bei den guten Vorsätzen.





### ***Der Friedensprozess unter Andrés Pastrana (1998-2002)***

Den letzten Versuch eines formellen Friedensprozesses unternahm der Präsident Andrés Pastrana (1998 - 2002) mit der Guerilla FARC in einer Zone die fünf Gemeinden umfasste und zu diesem Zweck entmilitarisiert wurde.

Formell begann dieser Prozess am 7. August 1999, als das Gipfeltreffen zwischen Präsident Pastrana und dem Obersten Kommandanten der FARC, Manuel Marulanda in San Vicente del Caguán stattfinden sollte. Der Präsident wartete jedoch vergeblich auf Marulanda, sein Stuhl blieb leer.

Trotz dieses Affronts wurde der Prozess fortgeführt und immer wieder aufgrund von Attentaten, Entführungen und anderen Übergriffen der Guerilla-Gruppe unterbrochen. Der größte Fortschritt bestand in einer gemeinsamen Agenda, die am 6. Mai 1999 von beiden Parteien unterzeichnet wurde.

Im Jahr 2000 boten die FARC einen einseitigen Waffenstillstand an und einige ihrer Mitglieder, allen voran Raúl Reyes, erhielten die Erlaubnis, mit dem Hochkommissar für den Frieden in mehrere europäische Länder zu reisen.

Trotzdem setzten die FARC danach ihre terroristischen Aktionen fort. Es gab neue Entführungen von Politikern und Militärs, unzählige Morde und weitere Verstöße gegen die Menschenrechte, so dass der Friedensprozess schließlich am 20. Februar 2002 nach einer Flugzeugentführung für gescheitert erklärt wurde.

Dieser Prozess wird vielfach deswegen kritisiert, weil die Guerilla sich in den fast drei Jahren Entmilitarisierung im Caguán unter der umstrittenen Aufgabe rechtsstaatlicher Positionen seitens der Regierung, militärisch neu aufbauen konnte und gestärkt aus den Verhandlungen hervorging.

### ***Verhandlungen mit den Paramilitärs in der Regierung Uribe (2002 -2010)***

Während der beiden Amtszeiten von Alvaro Uribe (2002 bis 2010) fand in Rialito der erfolgreichste Demobilisierungsprozess mit den AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) statt.

Die AUC wurden danach offiziell für aufgelöst erklärt, doch wurde der Prozess von verschiedenen kolumbianischen und internationalen Quellen kritisiert, vor allem wegen der Straffreiheit für die Paramilitärs, mangelnder Information der Öffentlichkeit und weil große Teile der AUC sich danach unter anderem Namen neu organisierten und heute als kriminelle Vereinigungen, den sog. BACRIMs agieren.

## **AKTUELLER FRIEDENSPROZESS**

Die wichtigsten Daten dieser Friedensverhandlungen

- Am 23. Februar 2012 begannen die Vorverhandlungen zwischen der Regierung
- Am 27. August 2012 bestätigte Präsident Santos die Gerüchte über die Fortschritte von Vorgesprächen zu neuen Friedensverhandlungen mit den FARC.
- Am 8. Oktober 2012 soll der formelle Friedensprozess in Oslo, Norwegen, beginnen



**Agenda:**

- Ländliche Entwicklung
- Garantien für die politische Opposition
- Das Ende des bewaffneten Konfliktes
- Drogenhandel
- Opfer

**Prinzipien der Regierung**

Am 27. August 2012 versicherte hat Präsident, Juan Manuel Santos, versichert, "diese Dialoge finden unter den folgenden Prinzipien statt: erstens, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um sie nicht zu wiederholen, zweitens, jeglicher Prozess muss zu einem Ende des Konfliktes führen und nicht zu seiner Verbreitung und drittens, die militärische Präsenz und ihre Operationen werden auf jedem Zentimeter des kolumbianischen Territoriums beibehalten."

(Originaltext unter : <http://www.semana.com/politica/segundo-tiempo-santos-giro-hacia-paz/183483-3.aspx>)

**Position der FARC**

Auf der Gegenseite erklärte am 4. September der oberste Befehlshaber der FARC, Rodrigo Londoño Echeverri, alias "Timochenko", in einem Video zum Friedensprozess "Die Lösung liegt nicht im Krieg, sondern in einem zivilisierten Dialog". Damit machte er klar, dass die Guerilla-Gruppe bereit ist, sich an einem Verhandlungsprozess zu beteiligen, um so einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt zu suchen.

(Video unter: <http://222.semana.com/nacion/farc-salida-no-guerra-sino-dialogo-civilizado/184019-3.aspx>)

**Die einzelnen Phasen des Prozesses**

- Phase 1: Endete am 27. August mit der Unterzeichnung des

Abkommens zwischen der Regierung und der Guerrilla mit einer Anleitung (Agenda) für den Dialog.

- Phase 2: Besteht aus Verhandlungen zwischen den FARC und der Regierung, die am 8. Oktober in Oslo, Norwegen beginnen sollen.
- Phase 3: Umsetzung der Vereinbarungen.



### ***Opfer des Konfliktes***

Nach Angaben des staatlichen Observatoriums für Menschenrechte sind die Zahlen der Toten im bewaffneten Konflikt von 28.775 im Jahre 2002 auf 14.712 im Jahr 2011 zurückgegangen, die Zahl der Massaker hat sich auf ein Drittel reduziert, ebenso wie die gezielten Morde an Politikern, Lehrern, Gewerkschaftern oder Journalisten. Auch gab es im Jahre 2002 noch 2.882 Entführungen, während es in 2011 „nur“ noch 305 waren. Die Zahl der von ihrem Land vertriebenen Binnenflüchtlinge ist von 483.530 im Jahre 2002 auf 159.337 in 2011 gesunken. Insgesamt haben jedoch in Kolumbien zwischen 1997 und 2010 fast 3.500.000 Menschen ihre Heimat verloren.

### **„Der Frieden ist wichtiger als meine Wiederwahl“ – Hoffnung auf ein Ende des Konflikts mit der FARC in Kolumbien**

#### ***- eine politische Analyse***

Mit diesen Worten wird der kolumbianische Präsident Santos in einem Interview der kolumbianischen Wochenzeitschrift „Semana“ zitiert. Die kolumbianische Gesellschaft schwankt im September 2012 zwischen Bangen (vor allem die ältere Generation, die schon einige gescheiterte Verhandlungserfahrungen hinter sich hat) und Hoffnung (vor allem die jüngere Generation, die die Traumata ihrer Eltern nur zu gut kennt). Man redet in Kolumbien im September 2012 von Versöhnung, von Frieden und hier und da auch von Vergebung. Eine wirklich berührende Erfahrung in einem Land, welches seit über 50 Jahren vom „Konflikt“ zerrissen wird. (Hintergründe siehe im Bericht „Informationen zur Geschichte und zu den Akteuren des „Konflikts“ in Kolumbien)

Und es tut manchem Kolumbianer gut, Politiker zu erleben, die den Mut zum Risiko haben, ohne vorher zu wissen wie die Verhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC Guerilla ausgehen werden. O-Ton Präsident Santos: „Es gibt Momente in der Geschichte, in denen das Staatsoberhaupt sich entscheiden muss neue Wege zu gehen um die fundamentalen Probleme seiner Nation zu lösen. Dies ist einer dieser Momente. Ohne Zweifel ist ein Risiko vorhanden, aber ich denke, dass die Geschichte viel unerbittlicher mit uns wäre, wenn wir die Gelegenheit nicht nutzen würden, die sich uns heute anbietet. In jedem Fall, lastet die Verantwortung auf meinen Schultern und nicht auf denen eines anderen“. Dieses die Worte von Santos, als er in einer landesweit übertragenen Ansprache am 27. August 2012 die aktuellen Friedensverhandlungen der Regierung und der Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) in Kuba bekanntgab.

Er reagierte damit auf sich verdichtende Meldungen, wonach FARC und Regierung eine Rahmenvereinbarung über die Aufnahme von Friedensgesprächen geschlossen hätten. Die Friedensannäherungen mit der FARC begannen (offiziell) vor sechs Monaten. Die ersten Annäherungsgespräche wurden diskret in La Habana unter Beteiligung von Kuba und Norwegen vollzogen. Santos und die Guerillaorganisation FARC haben bestätigt, dass die offiziellen Gespräche am 8. Oktober 2012 in Oslo beginnen. In einer zweiten Phase würden diese auf Kuba fortgeführt. Ziel sei, erst dann vom Verhandlungstisch aufzustehen, wenn eine vollständige Einigung vorliege.

#### ***Auf den ersten Blick eine kluge Agenda für den Verhandlungsprozess***

Was ist dieses mal anders als bei bisherigen (gescheiterten) Verhandlungen? Ein wichtiger Unterschied besteht in der Agenda, bzw. in dem Fakt, dass es eine abgestimmte, überschaubare Agenda überhaupt gibt. Fünf Punkte sollen verhandelt werden:



**1. Die Ländliche Entwicklung:** dieser für einen Außenstehenden auf den ersten Blick zumindest als prioritäres Thema seltsame Punkt ist ein Kernanliegen der FARC, deren Anfänge u.a. in der Forderung nach einer gerechteren Landverteilung zu suchen sind. Kolumbien ist heute noch eines der Länder mit der größten Schere zwischen arm und reich. 52% der fruchtbaren Ackererde stehen im Eigentum von 1,5 % der Bevölkerung.

**2. Garantien für die politische Opposition:** Für die Guerilla ist dies ebenfalls ein wichtiger Punkt, kann sich heute noch kaum ein kolumbianischer Zeitgenosse vorstellen, dass Ex-FARC-Guerilleros in Zukunft am Nebentisch eines Kaffees in Bogota (unbehelligt) ihren Cafe Tinto trinken werden. Vor allem aber geht es um Sicherheitsgarantien für die Ausübung politischer Opposition durch Ex-Guerilleros und sonstige Anhänger des linken Spektrums, die in der Vergangenheit gewaltsam verhindert wurde. Namhafte Politiker des linken Spektrums sind in der Vergangenheit politischen Anschlägen durch rechtsextreme Gruppen zum Opfer gefallen. Dies hat die FARC in Ihrer Überzeugung, dass nur der bewaffnete Kampf zum Erfolg führe, bestärkt.

**3. Ende des bewaffneten Konflikts:** Dieser Punkt umfasst die Demobilisierung der Guerilla, einen Waffenstillstand und die Reintegration der FARC in das zivile Leben, im Zusammenhang mit allen Vorkehrungen der Regierung, um die Beendigung des Konflikts zu garantieren.

**4. Ende des Drogenhandels:** Wiewohl die FARC in ihren Anfängen nicht in den Drogenhandel verwickelt war, gehört sie heute zu den großen Produzenten und Händlern. Dies geht soweit, dass die Drogen (vom Militär oft nicht entdeckt) heute sogar per Unterseebooten an den größten Abnehmer, sprich Drogenringe in den USA geliefert werden. Dieser Verhandlungspunkt hängt auch eng mit dem Punkt 1 Ländliche Entwicklung zusammen. Sind die Anführer der FARC aufgrund ihrer Drogeneinnahmen auch in Zukunft nicht auf Büroarbeit oder die Landwirtschaft angewiesen, sieht es bei den FARC-Soldaten anders aus. Ihnen muss eine Perspektive geboten werden, will man nicht das Risiko eingehen, dass sie auch in Zukunft unter anderem Namen und mit anderen Organisationen weiter dem Drogengeschäft nachgehen.

**5. Sicherstellung der Opferrechte:** Obwohl die Opfer im Friedensprozess grundsätzlich Vorrang haben, wurde dieser Punkt als Nr. 5 definiert. Hintergrund ist offenbar, dass aufgrund früherer Erfahrungen zunächst andere Punkte wie die Landreform geklärt werden sollen. So wurden in der Vergangenheit im Rahmen des Demobilisierungsprozesses der paramilitärischen Gruppen (AUC) Opfer zwar im Rahmen des Gesetzes Justicia y Paz (Gerechtigkeit und Frieden) entsprechend berücksichtigt (Vergebung, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung), aber eben vornehmlich auf dem Papier. Im Rahmen der Umsetzung gab es große Kritik. Diese Versäumnisse will man dieses Mal offensichtlich vermeiden.

Santos nahm zu Details der Verhandlungsthemen nicht Stellung, hob aber hervor, dass es momentan keine Waffenruhe gebe. „Diese Verhandlungen sind anders, da sie kein entmilitarisiertes Gebiet und keine Waffenruhe vorsehen. Diese Gespräche sind ferner anders als die bisherigen, da die Verhandlungen außerhalb von Kolumbien geführt werden, damit sie diskret und seriös fortgesetzt werden können“, betonte Santos. Nach Bekanntwerden der Nachricht erklärte sich auch die zweite, kleinere Guerillaorganisation Nationales Befreiungsheer (ELN) Gesprächsbereit. Dafür gebe es keine Vorbedingungen von Seiten des ELN, allerdings auch keinen Waffenstillstand, erklärte Nicolás Rodríguez alias Gabino. Santos zufolge stehe dem nichts entgegen.

Das ELN hat in den vergangenen 15 Jahren immer wieder eine Annäherung an die Regierung gesucht, darunter einmal auch unter deutscher Vermittlung. Die FARC hat erstmals unter Präsident Belisario Betancur (1982-1986) verhandelt, der einen Waffenstillstand vereinbaren konnte, der aber nicht lange hielt. Zuletzt hat sie zwischen 1999 und 2002 mit der Regierung Pastrana verhandelt. Diese Verhandlungen scheiterten und endeten in einem politischen Fiasko, als ans Licht kam, dass die Guerilla die für die Verhandlungen entmilitarisierte Zone genutzt hatte, um Waffenhandel, Drogenschmuggel und Entführungen zu intensivieren. Nach dieser Enttäuschung im Jahr 2002 wurden bis heute keine Friedensverhandlungen mehr geführt. Das Thema ist höchst sensibel in einem nach fünf Jahrzehnten internen bewaffneten Konflikts traumatisierten Kolumbien.



### ***Und was wenn der Frieden tatsächlich kommt?***

Aber was wäre denn tatsächlich möglich, wenn der Frieden käme? An dieser Stelle seien einige Gedanken zu dem momentan noch Undenkbaren erlaubt.

Das gesellschaftliche Entwicklungspotential, in einem befriedeten Kolumbien wäre ohne Zweifel enorm. Reformen wie z.B. im Bildungsbereich oder im Gesundheitsbereich wären wahrscheinlich leichter durchzusetzen, ebenso Maßnahmen zur Verringerung der organisierten und gemeinen Kriminalität.

Ohne Zweifel würde Kolumbien auch einen Schub im Wirtschaftssektor erleben, dies gilt für bisher unsichere Regionen und Wirtschaftsstandorte im Land, aber auch für das Land als Investitionsstandort insgesamt. Was hier bei einem umfassenden Frieden denkbar wäre zeigt allein schon eine Kennziffer aus dem Jahr 2011, nämlich die des Wirtschaftswachstums von 5,9% - und das trotz des anhaltenden Konflikts! Wenn man dann noch die Möglichkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur, der besseren Vernetzung der Produktionsstandorte und die nach einer Versöhnung zu erwartende Aufbruchsstimmung hinzunimmt, könnte manch einer ins Schwärmen kommen und Kolumbien bereits als Gestaltungsmacht im lateinamerikanischen Kontext sehen.

Und die Politik, die politischen Parteien in Kolumbien? Für den durchschnittlichen kolumbianischen Politiker sind dies natürlich aufregende Tage und Monate. Bei einem erfolgreichen Abschluss der Gespräche wäre das Szenario relativ klar. Präsident Santos und seine Partei „de la U“ wären ohne Zweifel die Gewinner und mit ihnen all diejenigen, die den Verhandlungsprozess unterstützt haben. Die Wiederwahl von Santos in 2014 wäre wohl gesichert (wenn er denn überhaupt antreten würde). Von Interesse könnte die Entwicklung des linken Rands des Parteienspektrums sein, sprich die Frage wo sich die dann Ex-Guerilleros politisch engagieren. Hier wäre es denkbar, dass z.B. die Partei „Polo Democrático Alternativo“ Aufwind erhält, eine Partei, die bis dato, obwohl im Parlament vertreten, eher noch den Charakter einer Splitterpartei hat. Eine andere Variante wäre, dass die dann Ex-Guerilla mit einer eigenen Partei antritt. Das Wählerpotential für eine solche Gruppe wird auf etwa 10-15 % geschätzt.



Präsident Juan Manuel Santos und sein

Vorgänger Alvaro Uribe

haben, die sich einerseits Hoffnung macht, dann auch einige Parteimitglieder der „de la U“ zu sich herüberzuziehen, andererseits aber wohl auch Gefahr laufen würde, das ein oder andere Parteimitglied an die dann neue Uribe-Partei zu verlieren. Man sieht, im Falle des Scheiterns der Gespräche ist vieles möglich im kolumbianischen Parteienbereich, vor allem weil ein Parteienwechsel hierzulande nichts Ungewöhnliches ist. Manch einer hat im linksextremen Bereich begonnen und endet nach mehreren Zwischenstationen auf seine alten Tage auf der rechten Seite des Parteienspektrums.

### ***Ausblick auf die nächsten Wochen und Monate***

Viel unsicherer und volatiler wäre die Situation im Bereich der Parteienlandschaft bei einem Scheitern der Gespräche. Der innerparteiliche Gegner von Santos, Ex-Präsident Uribe, würde dann aller Voraussicht nach seine Bewegung „Puro Centro Democrático“ zur Partei weiterentwickeln und die Parteimitglieder vom rechten Rand der „de la U“ mitnehmen. Die Folge wäre eine Spaltung und Schwächung der Präsidentenpartei „de la U“. Dieses Szenario könnte aber auch Auswirkungen auf die Partido Conservador



Aber noch ist es nicht soweit. Für Santos wird es in den nächsten Wochen und Monaten jetzt zunächst darauf ankommen, zumindest einen der massivsten Kritiker, seinen Vorgänger Alvaro Uribe einzubinden oder ihn sich zumindest nicht zum offenen Feind zu machen. Dabei war es Uribe, der von 2002-2010 mit seiner harten und konsequenten Sicherheitspolitik und mit Hilfe der USA die FARC militärisch entscheidend geschwächt hatte und damit auch den Boden für die jetzige Verhandlungsbereitschaft der Guerilla bereitet hat. Für Juan Manuel Santos ist es eine gute Gelegenheit, die Schwäche der FARC zu nutzen, um das Land in den Frieden zu führen. Mit dem Schlag gegen Alfonso Cano (der FARC-Führer wurde am 4. November 2011 bei einem Militärschlag getötet) hat übrigens auch er bewiesen, dass er seinem Vorgänger Álvaro Uribe in der Entschlossenheit zum militärischen Kampf in nichts nachsteht.

Nun sind der kolumbianische Präsident, die verhandelnden Parteien und die kolumbianische Gesellschaft gefordert, einen Prozess der Demobilisierung der Guerilla im Lande zu gestalten, der die Gewalt als alltägliche Erfahrung beendet. Dies wird die Bereitschaft des ganzen Landes erfordern, sich dieser Herausforderung zu stellen, die Vergangenheit zu bewältigen, alte Wunden zu schließen, gemeinsame Zukunftsperspektiven zu entwickeln und eines Tages vielleicht auch zu vergeben.

### ***Kritische Stimmen nicht zu überhören***

Wohl auch wegen der schlechten Verhandlungserfahrungen mit der FARC in der Vergangenheit gibt es im politischen Bereich aber auch skeptische Stimmen. Ex-Präsident Uribe kritisiert am härtesten: „das ist ein Prozess zur Übergabe Kolumbiens an den chavistischen Terror“, oder „...Würden sie (die Regierung) mit Al Qaeda verhandeln? Was für einen Unterschied gibt es zur FARC?“. Zwar sind die offiziellen Statements aus den Parteien de la U, Partido Conservador und auch der Liberalen Partei fast durchweg positiv (gehören doch alle der Regierung an), spricht man aber mit Politikern im kleinen Rahmen, sind nicht selten auch sehr skeptische Stimmen zu hören, die befürchten, Santos werde den FARC zu sehr nachgeben, und die Themen Opferrechte auf der einen Seite und Amnestien auf der anderen Seite würden in eine falsche Richtung laufen. Kritiker führen auch immer wieder an, dass der Friedensprozess nicht nur auf einem politischen Bein, sondern auch auf einem rechtsstaatlichen Bein stehen müsse (dazu mehr im nächsten Abschnitt).

Spannende Monate sind also in Kolumbien zu erwarten. Das Zeitfenster ist wegen der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 nur begrenzt offen. Santos hat schon klargestellt, dass er bis Mitte 2013 Ergebnisse erwarte. Dass eine mögliche Lösung letztendlich nicht ohne schmerzhaft Kompromisse und Strukturveränderungen etwa beim Landbesitz und bezüglich des Zugangs zu Entscheidungspositionen im Lande möglich sein werde, dürfte allen Beteiligten klar sein. Auch die Reintegration der Binnenflüchtlinge ist nach wie vor eine offene Frage, die etablierte Machtkartelle berührt. Einige Kreise verdienen auch mit oder gerade wegen der FARC sehr gut im Rahmen der jetzigen Situation. Und so ist nicht nur die Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft der FARC und der Regierung maßgeblich für einen eventuellen zukünftigen Frieden, sondern auch die Frage, ob etwa die mächtigen regionalen Eliten Kolumbiens bei einer Landreform zu Zugeständnissen bereit sind.

Präsident Santos auf jeden Fall tut das richtige indem er die Gelegenheit für Friedensverhandlungen beim Schopfe packt.



## Wieviel Gerechtigkeit kann Kolumbien wegen des Friedens willen opfern ?

### *- Rechtliche Aspekte der Friedensverhandlungen in Kolumbien*

Die Verhandlungen um einen Frieden in Kolumbien, nach fünf Jahrzehnten des internen bewaffneten Konflikts, stellen nicht nur eine einzigartige politische Herausforderung für das Land dar (siehe diesbezüglich den Berichte von Dr. Gehring und die Interviews); der Prozess selbst bringt ebenso wie die ersehnte Postkonfliktära auch komplexe rechtspolitische und juristische Probleme mit sich. So muss ein zunächst rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der überhaupt Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien ermöglicht, ohne dass die Strafverfolgungsbehörden unter Verwirklichung ihres Verfolgungsanspruchs den Verhandlungsprozess behindern (Aussetzung von Haftbefehlen und Auslieferungsbeschlüssen). Vor allem aber bedarf es eines ausgewogenen Regelwerks, das die widerstreitenden Interessen zum Ausgleich bringt, welche den Konflikt verursacht und über Jahrzehnte vertieft und verfestigt haben. Der Verhandlungskompromiss muss die Bewältigung begangenen Unrechts im Spannungsverhältnis zwischen Opfergerechtigkeit und Gerechtigkeitsopfern zugunsten einer Befriedung des Landes ermöglichen.

In der Geschichte Kolumbiens haben sich in regelmäßigen Abständen gewaltsamer Widerstand und Amnestien wiederholt. Der besondere Straftatbestand der Rebellion und die bevorzugte Behandlung politischer Delikte zeugen vom dramatischen Erfahrungsschatz der Kolumbianer mit der Übergangsjustiz. Dass eine nachhaltige Bewältigung der Vergangenheit bislang aber noch nicht wirklich gelungen ist, kann man schon daran ablesen, dass der Konflikt trotz vielfacher Versuche mit den Instrumenten der Repression bis hin zur Integration noch nicht beendet ist. Dies liegt an den über die Jahrhunderte unbewältigten Problemen sozialer und politischer Exklusion breiter Bevölkerungsschichten, aber auch an der kaum noch zu differenzierenden Verquickung von politischem Widerstand und Drogenhandel. Die desolante Sicherheitslage der letzten Jahrzehnte in einem immer schwächeren Staat führte dann zu Wucherungen von Maßnahmen der Selbstverteidigung und Selbstjustiz auf allen Seiten, die den Konflikt eskalieren und sich tief in der Gesellschaft verfestigen haben lassen (siehe im Einzelnen den Hintergrundbericht).

### *Vorerfahrungen: Das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden*

Den letzten Anlauf zur Überwindung eines Teilaspekts der Gewalteskalation stellt das unter Alvaro Uribe im Jahr 2005 erlassene Gesetz Gerechtigkeit und Frieden (Justicia y Paz) dar. Mit diesem Instrument sollte die Demobilisierung der Paramilitärs ermöglicht werden. Es gewährt demobilisierten Kämpfern der illegalen bewaffneten Gruppen einen Strafnachlass gegenüber den üblichen Strafmaßen nach dem Strafgesetzbuch unter der Bedingung eines lückenlosen Geständnisses und der Entschädigung der Opfer. Das Unterfangen der Aufarbeitung ist gewaltig und übersteigt die Kapazitäten der kolumbianischen Justiz. Paramilitärische Milizen, Guerilla und auch Faktionen der staatlichen Sicherheitskräfte haben Millionen von Menschen vertrieben, Tausende von Morden und unzählige Massaker verübt und

gewaltsam Ländereien enteignet. Aktenkundig wurden bisher die Aussagen von 600 Tätern, mehrheitlich ehemalige Paramilitärs. Sie gestanden oder denunzierten bisher mehr als 22.000 Morde, die sich in den 50 Jahren des Konflikts ereignet haben. Die Teilamnestie, auf die sich auch Massenmörder berufen haben, ist in Kolumbien umstritten, insbesondere unter den Angehörigen von Opferverbänden und Menschenrechtsorganisationen. Wenngleich die Strafnachlässe für schwere Straftaten schwer mit dem Gerechtigkeitsgedanken zu vereinbaren sind, geben Experten zu bedenken, dass beim Befriedungsprozess in Kolumbien erschwerend hinzukäme, dass – anders als in anderen Übergangssituationen – der bewaffnete Konflikt in Kolumbien noch andauere. Rein zahlenmäßig ist die bisherige Bilanz des Prozesses Gerechtigkeit und Frieden für viele enttäuschend. Unter Berufung auf die Teilamnestie stellten sich bis Mai 2010 etwa 3000 Paramilitärs und 300 Guerillakämpfer. Aber viele von ihnen tauchten wieder ab, ohne dass sie ausführlich befragt werden konnten. Im Jahr 2010 war erst ein eher untergeordneter Paramilitär verurteilt worden. Zwischenzeitig sind es allerdings schon einige Dutzend. Ein weiterer Grund





für die langsame Aufarbeitung ist die Komplexität der Fälle. In der Praxis stellt es sich oftmals als unmöglich heraus, der Fährte einer Person zu folgen, die während 20 Jahren in illegalen Strukturen gelebt hat. Problematisch wird in diesem Zusammenhang auch die vor allem unter Uribe praktizierte übereilige Auslieferung einiger geständiger Paramilitärs der obersten Führungsebene in die USA bewertet. Trotz einiger Auslieferungen konnten die Strafverfolgungsbehörden hinreichend Beweismaterial sammeln, um führende Politiker des Landes (darunter etwa 100 ehemalige und amtierende Parlamentarier!) der Kollaboration mit paramilitärischen Verbänden zu überführen. Die Auslieferungspraxis und Fragen des Zeugenschutzes dürfte daher auch in den Friedensverhandlungen mit der FARC eine bedeutende Rolle einnehmen.

Trotz der Anlaufschwierigkeiten wird Kolumbiens Sonderweg von Experten gelobt, darunter auch von Kai Ambos, Professor für internationales Strafrecht in Göttingen. „Der kolumbianische Weg“, so der Mitbegründer der Studiengruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung für Internationales Strafrecht, „ist ein sehr innovativer Weg. Es gibt kein anderes Land, das diesen Weg beschritten hat. Das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden zwingt die Justiz zu aktiven Ermittlungen. „Der Prozess hat Substanz. Das ist keine Show.“

### ***Überzeugungstäter oder gemeine Straftäter?***

Durch die aktuellen Friedensverhandlungen wird sich der Prozess der Aufarbeitung noch intensivieren. Die Regierung hat kurz nach der offiziellen Verkündung der Friedensverhandlungen eine punktuelle Verfassungsreform erwirkt, um den verfassungsrechtlichen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sich die Übergangsjustiz bewegen darf. Nun muss ein Ausführungsgesetz erlassen werden, welches die Behandlung der FARC- und sonstiger Rebellen sowie der Streitkräfte jeweils unterschiedlich regelt. Ziel dieses Sonderinstruments, das neben das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden treten wird, ist die Beendigung des bewaffneten Konfliktes und ein stabiler Frieden. Dabei sollen die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gewahrt werden. Wegen des zu recht eng gesetzten Zeitrahmens für die Friedensverhandlungen befürchteten manche Beobachter, dass die Ausführungsgesetze nicht rechtzeitig in Kraft treten könnten, zumal der Verfassungsgerichtshof eine Vorabkontrolle durchzuführen hat.

Im Unterschied zu dem für die Demobilisierung der Paramilitärs geschaffenen Gesetzes dürfte, nach Ansicht des Generalstaatsanwalts Eduardo Montealegre, der neue Rechtsrahmen die Opferrechte besser schützen. Außerdem sei diesmal auch eine Konzentration auf die Hauptverantwortlichen vorgesehen, denn eine vollständige Strafverfolgung aller FARC-Angehörigen erweise sich als kaum möglich. Nach Ansicht des Generalstaatsanwalts ist die Berücksichtigung der Angehörigen der Streitkräfte Voraussetzung für das Gelingen des Friedensprozesses.

Schon im Normgebungsverfahren, aber insbesondere in der Praxis gilt es zwei wesentliche Hürden zu bewältigen: Zum einen bedarf es der Abgrenzung zwischen gemeiner Kriminalität, deren Verantwortliche nicht in den Genuss der Vorteile der Sondergesetzgebung für die Herstellung des Friedens gelangen dürfen, und politisch motivierter Kriminalität, deren Täter aus Gewissensgründen privilegiert behandelt werden wollen. Wegen der eingangs schon erwähnten engen Verbindung der Rebellen, Paramilitärs und einiger Militärangehörigen mit den Drogenkartellen des Landes ist die Grenzziehung nicht einfach, diente doch der Drogenhandel weitgehend der Finanzierung des Aufstands gegen die Staatsgewalt. Hier wird man, wie schon bei der Behandlung der Paramilitärs, darauf abstellen, wo der Schwerpunkt der Aktivitäten einer Gruppe oder Person lag. Waren diese in erster Linie politisch motivierter Widerstand und diente die Drogenkriminalität lediglich der Finanzierung, so kommt eine Gewährung der Strafvorteile in Betracht. Im umgekehrten Fall hingegen nicht. Dabei handelt es sich nicht um eine juristische Spitzfindigkeit. Von einer sachgerechten und nachvollziehbaren Behandlung unterschiedlich motivierter Straftaten hängt ganz wesentlich die Glaubwürdigkeit des Prozesses und damit sein Rückhalt in der breiten Bevölkerung ab.

Die zweite Hürde rührt an die Gerechtigkeitsvorstellungen und damit die Fundamente einer Gesellschaft. Wieviel Gerechtigkeit darf für die Verwirklichung des überragenden Friedensziels geopfert werden? Es gibt kaum einen Kolumbianer, der nicht einen Verwandten, Bekannten oder Freund hat, der direkt oder zumindest indirekt Opfer des bewaffneten Konflikts geworden ist. Wegen seiner langen Dauer und Reichweite hat im Grunde jeder Kolumbianer unter dem Konflikt gelitten. Vor diesem Hintergrund werden Strafnachlässe für die Täter grundsätzlich im-





mer kritisch gesehen. Das enorme Leid der Bevölkerung unter dem Konflikt hat aber auch die Einsicht gestärkt, dass es sich für einen dauerhaften Frieden lohnt, Abstriche bei der Gerechtigkeit zuzulassen.

### ***Völkerrechtliche Standards setzen Grenzen für Strafvorteile***

Das subjektive Empfinden der Kolumbianer bezüglich der Grenzen solcher Strafvorteile dürfte interessanterweise relativ parallel zu den völkerrechtlichen etablierten Amnestiegrenzen verlaufen. Das internationale Strafrecht, in Abkommen normiert oder als Gewohnheitsrecht akzeptiert, verbietet die Amnestierung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Solche Straftatbestände sind etwa im Falle von Massakern an der Zivilbevölkerung, Zwangsrekrutierungen und ähnlichen schweren Verbrechen erfüllt. Hier ist es der Bevölkerung und noch weniger den Opfern oder ihren Angehörigen zu vermitteln, wenn die Täter völlig oder faktisch straffrei davonkommen.

Über die Einhaltung der völkerrechtlichen Standards werden im Zweifel nicht nur die kolumbianischen institutionellen und zivilgesellschaftlichen Akteure wachen, sondern auch internationale Organisationen und ihre Organe, insbesondere der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH).

Das IStGH-Statut ist für Kolumbien am 1. November 2002 in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt begangenen völkerrechtliche Kernverbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen) können vom IStGH verfolgt werden können, wenn die kolumbianischen Strafverfolgungsbehörden solche Delikte nicht verfolgen können oder wollen (Komplementaritätsprinzip). Der mangelnde Wille zur Verfolgung könnte auch in zu milden Strafen gesehen werden. Es stellt sich insoweit die Frage, ob eine erhebliche Strafmilderung auf fünf bis zehn Jahre bei völkerrechtlichen Kernverbrechen mit dem Gebot ernsthafter Strafverfolgung und gerechten Schuldausgleichs vereinbar ist. Das Problem stellt sich hier als Verhältnismäßigkeit im umgekehrten Sinne dar, nämlich im Hinblick auf die Höchststrafe von 40 Jahren im allgemeinen kolumbianischen Strafrecht bzw. von 60 Jahren (bei Delikt konkurrenz). Es ginge an die Grenzen des völkerrechtlich (und allgemein) vertretbaren, wenn schwerste Menschenrechtsverletzungen mit einer effektiven Strafe von max. zehn Jahren und gleichzeitig schwere Straftaten nach allgemeinem kolumbianischem Strafrecht mit deutlich höheren Strafen geahndet werden. Die Kolumbianer werden sich ein ums andere Mal fragen: Wieviel Gerechtigkeit sind wir bereit für den Frieden zu opfern? Die internationalen Rechtsprechungsorgane müssen sich umgekehrt fragen, inwieweit eine Intervention von außen in diesen komplexen Prozess zielführend ist.

Das gilt zumal für den IAGMR. Er vertritt in ständiger Rechtsprechung zu den Amnestiegesetzen unterschiedlicher Couleur zur Beendigung der lateinamerikanischen Diktaturen einen konsequenten Opferschutz. So etwa im Falle der Amnestiegesetze Argentiniens, Perus, Guatemalas und Uruguays, wo der IAGMR die vollständige und bedingungslose Straffreistellung der Täter schwerer Menschenrechtsverbrechen (Folter, Verschwindenlassen und Massentötungen) für unvereinbar mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (AMRK) erklärt hat (siehe etwa den peruanischen Fall Barrios Altos). In der Lehre wird vertreten, dass Amnestien unter gewissen Voraussetzungen mit den Menschenrechten und dem internationalen Strafrecht vereinbar sein können. Am Ende wird es wesentlich auf eine angemessene gesetzliche Abwägung der widerstreitenden Interessen sowie eine kluge Umsetzung dieser Maßgaben in der Praxis ankommen, ob der strafrechtliche Umgang mit dem Unrecht von fünf Jahrzehnten bewaffneten Konflikts nicht nur völkerrechtlich, sondern auch und insbesondere mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Kolumbianer vereinbar ist. Andernfalls wird der Frieden, sollte er hergestellt werden können, auf tönernen Füßen stehen.



„Die Chancen stehen sehr gut“

*Interview mit Dr. Rosembert Ariza Santamaría*

Dr. Rosembert Ariza Sanatamaría, Jurist und Rechtssoziologe, ist derzeit Direktor der Abteilung für öffentliches Recht der Universität Santo Tomás und Mitglied der Lateinamerikanischen Studiengruppe für Rechtspluralismus des Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS):** *Herr Dr. Ariza, wie beurteilen Sie die von Präsident Santos kürzlich angekündigten Friedensverhandlungen mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)?*

**Rosembert Ariza (RAS):** Der anstehende Friedensprozess weist hochinteressante Perspektiven auf. Er unterscheidet sich von früheren Versuchen, einen Frieden zwischen den Konfliktparteien in Kolumbien auszuhandeln. Zunächst hat das mit der Form zu tun, wie dieser Prozess vorbereitet wurde, denn er wurde auf hohem Niveau und Mithilfe internationaler Experten auf dem Gebiet der Friedensverhandlungen vorbereitet. Auch konnte, nicht zuletzt durch eine Vorverhandlung außerhalb Kolumbiens, die nötige Diskretion im Vorfeld gewährleistet werden. Auf diese Weise ließ sich in der Einigung vom 25. August eine sehr konkrete Vereinbarung erzielen, welche die Interessen des Staates und der Guerilleros berücksichtigt. Mediale Verzerrungen und Polarisierungen in der Phase der Anbahnung konnten auf diese verhindert werden.

Beachtlich ist auch, dass der Friedensprozess mit den FARC unter dem Kommandanten Cano begonnen hat und trotz seines Todes weitergeführt wurde. Was ich sagen möchte ist, dass im Sekretariat der FARC selbst offenbar die ernsthafte Bereitschaft besteht, das Ende des Konflikts zu verhandeln. Es gibt dieses Mal – im Gegensatz zu früheren Versuchen – auch auf Seiten der FARC augenscheinlich den realen Willen zum Frieden. Natürlich gibt es einzelne Faktionen, die den Verhandlungen ablehnend gegenüberstehen. Aber die Führungsebene sucht einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt.

Drittens: Auf der Regierungsseite gilt entsprechendes. Auch bei den Verhandlungen unter Pastrana gab es einen institutionellen Rückhalt. Dieser ist nun aber noch deutlich stärker. Dies spiegelt sich in der Zusammensetzung der Kommission auf Regierungsseite wider. Hier sind, neben der Regierung selbst, auch andere entscheidende Machtzentren des Landes repräsentiert: die Streitkräfte (die waren bei den Verhandlungen im Caguan unter Pastrana noch ablehnend eingestellt), die Polizei, die Unternehmerschaft und die politische Klasse. Sicherlich sollte es mehr Raum geben für eine zivilgesellschaftliche Teilhabe, aber dies wird Teil der Verhandlungen sein.

Ich nehme darüber hinaus ein politisches Klima war, dass bereit ist für den Frieden. Beide Parteien haben einen Punkt erreicht, den ich in den bisherigen Prozessen nicht gesehen habe. Ich sehe Annäherungen, die reflektieren, dass wichtige Vorbereitungsarbeit geleistet wurde. Es gibt im Land eine große Motivation von Schlüsselsektoren, die traditionell zum Frieden geneigt sind, wie beispielsweise die Kirche, Politiker, Juristen und Funktionäre der Exekutive. Außerdem gibt es einen beachtlichen Rückhalt durch die internationale Gemeinschaft. Ihre Unterstützung ist für das Schicksal der Verhandlungen sehr wertvoll. Wichtig wird es sein, die massive Gegnerschaft im extremen rechten Spektrum einzufangen, indem ihre Vertreter mit an den Verhandlungstisch geholt werden.

**KAS:** *Herr Ariza, welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen und Risiken, die sich im aktuellen Friedensprozess auftun?*

**RAS:** Wie gesagt, der rechte Flügel der Politik stellt eine Herausforderung dar, insbesondere Alvaro Uribe und seine neue Partei "Puro Centro Democrático", die nicht daran glauben, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden.



den. Sie wollen ihn mit militärischen Mitteln lösen. Dies hat mit dem Ziel der Verhandlungen zu tun, die Regionen eng einzubinden und die Rechte der Landbevölkerung zu materialisieren. Das ist auch der erste Punkt der Vereinbarung zwischen der FARC und der Regierung. Dabei handelt es sich nicht um ein ideologisches sondern um ein politisches Hindernis.

Die zweite Herausforderung stellen die Streitkräfte dar. Obwohl sie organisatorisch eine Einheit bilden und den Präsidenten unterstützen, sind sie nicht homogen und es gibt einige konfliktgeneigte Untergruppen, die möglicherweise die Verhandlungen destabilisieren könnten.

Ein weiteres Hindernis könnte Hugo Chavez [Präsident Venezuelas] und die Rolle der unterstützenden Länder sein. Solange Chavez sich vernünftig verhält und diskret bleibt, muss man sich keine Sorgen machen. Andernfalls könnte das die Verhandlungen erschweren.

Ich möchte auch erwähnen, dass die Rolle der Medien wichtig ist, da sie in Versuchung kommen könnten, einen Medienrummel zu veranstalten. Die Medien müssen vernünftig agieren. Und die Regierung muss die Rolle der Medien im Auge behalten ohne die Pressefreiheit zu verletzen. Verzerrungen in der Berichterstattung müssen vermieden und vertrauliche Interna der Verhandlungen dürfen nicht verfrüht preisgegeben werden.

**KAS:** *Glauben Sie, dass die für die Verhandlungen mit den FARC geplante Agenda die wesentlichen Themen des Landes berücksichtigt? Wurden ihrer Meinung nach wichtige Themen außer Acht gelassen?*

**RAS:** Die Agenda nimmt die wichtigen strategischen und strukturellen Themen des Landes auf. Der erste Punkt ist das Thema der Agrarreformen: Ziel ist eine sozial ausgewogene und faire wirtschaftliche Entwicklung.

Meines Erachtens ist auch der Punkt der politischen Beteiligung wichtig. An der demokratischen Öffnung hat es in der Vergangenheit gefehlt. Seit jeher gibt es ein Monopol der Beteiligung der Bürger durch die traditionellen politischen Parteien. Dies wird eines der schwierigsten Themen sein, nach dem erwähnten Punkt der ländlichen Entwicklung. Denn es gibt massive, wenn auch nur vereinzelte heftige Gegnerschaft gegen eine politische Teilhabe der Guerrilleros. Dies ist aber eine zentrale Forderung der FARC. Durch den Zugang zu den politischen Institutionen erstreben sie die Verwirklichung einer wirklichen Demokratie. Eine systematische Unterdrückung politischer Opposition, wie etwa früher im Falle der "Unión Patriótica" soll im Falle der politische Partizipation der Guerrilla, etwa durch die "Marcha Patriótica", vermieden werden.

**KAS:** *Wie in anderen Transitionen wird es auch in Kolumbien darum gehen, einen Ausgleich zu finden zwischen den Opferinteressen auf Wahrheit, Bestrafung der Täter und Entschädigung einerseits und dem Friedensziel andererseits, für dessen Verwirklichung regelmäßig gewisse Gerechtigkeitsansprüche geopfert werden müssen. Wie sehen Sie dieses Spannungsverhältnis im kolumbianischen Kontext?*

**RAS:** Dass das Thema der Opfer in der Agenda auftaucht, ist vielsagend für die Bedeutung, die den Opfern im Friedensprozess beigemessen wird. Santos hat schon mit der Verabschiedung des Land- und Opfergesetzes zu Beginn des Jahres ein für die FARC wichtiges Signal gegeben. Der FARC-Kommandant Cano hatte Anfang des Jahres erwähnt, dass dieses Gesetz eine reelle Beendigung des Konfliktes ermöglicht.

Schwierigkeiten wird in der Tat bereiten, dass Teile der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung dem überragenden Friedensinteresse weichen müssen. Es wird darum gehen, wenigstens die Mindeststandards zu wahren. Ein Friedensprozess enthält immer auch Elemente der Straflosigkeit, denn ansonsten wird es nicht möglich sein, ihn zu vollenden. Die Frage ist, wer dies befürwortet: der Verhandlungstisch, das Land oder ob es ausschließlich Teil der politischen Vereinbarung sein wird; ich denke es ist letzteres. Am Ende muss der



Friede stehen. Dieser ist eine vorrangig eine politische und weniger eine juristische Vereinbarung. Ich denke, dass der rechtliche Rahmen für den Friedensprozess auch Amnestie- und Begnadigungsklauseln erlaubt, auch wenn dies nicht allen gefallen wird.

**KAS:** *Wer soll am Friedensprozess teilnehmen und auf welche Weise?*

**RAS:** Unabhängig davon, wer am Prozess teilnehmen wird, es wichtig, dass dieser nicht für Medienshows und Wiederwahlkampagnen missbraucht wird.

Ich denke, dass der Prozess zu einer grundlegenden Verfassungsreform führen könnte, benannt als Friedensvereinbarung. Deswegen scheint es mir wichtig, dass alle politischen Parteien teilnehmen, eingeschlossen die politische Opposition, denn in der Kommission sind nicht alle vertreten. Ich sehe die Partei der U, die Liberalen und die Konservativen, aber nicht die Grünen, die Demokraten und andere politische Organisationen.

Ausserdem sollten sich andere soziale Gruppen anschließen, zum Beispiel, trotz der Ablehnung einiger, Kolumbianer und Kolumbianerinnen für den Frieden, nicht unbedingt Piedad Córdoba<sup>3</sup>, aber ein wichtiges Mitglied der Organisation. Sicherlich sollten auch Akademiker präsent sein, so dass sich die Universitäten in den Prozess integrieren können, denn man muss auch daran denken, was nach dem Friedensschluss kommt! Ebenso spielt die Unternehmerschaft eine wichtige strategische Rolle, denn es sind die Unternehmer, die den entwaffneten Guerrillakämpfern im Zweifel eine legale Überlebensalternative anbieten müssen. Auch religiöse Gruppen sollten vertreten sein, nicht nur die katholische Kirche, sondern ein breiteres Spektrum.

**KAS:** *Was soll die Regierung bezüglich der anderen bewaffneten Gruppen (Ejército de Liberación Nacional ELN - Bandas Criminales BACRIM) tun?*

**RAS:** Die ELN versucht sich in den Friedensprozess zu integrieren; ich glaube, dass Gabino, der Kommandant, wie auch der „COCE“, das zentrale Kommando der ELN ihre Interessen kundgetan haben. Man sollte ernsthaft erwägen, die ELN an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, denn ansonsten bleibt eine aufständische Gruppe bestehen, die FARC-Angehörige selbst im Falle eines erfolgreichen Friedensprozesses an sich ziehen könnte, wenn diese vom Ergebnis enttäuscht sind. Das Verschwinden der FARC könnte so die ELN stärken und den Friedens Erfolg in Frage stellen.

**KAS:** *Denken Sie, dass das kolumbianische Justizsystem bereit ist für die Herausforderungen des Friedensprozesses?*

**RAS:** Nein, unsere Justiz ist nicht bereit. Schauen wir uns doch nur einmal das vorherige Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ an. Die erste Verurteilung nach diesem Gesetz hat sechs Jahre in Anspruch genommen. Der Staat muss einen riesigen Aufwand betreiben, um die institutionellen Voraussetzungen zur Umsetzung des Friedens zu schaffen. In der Strafvollstreckung gibt es ebenfalls erhebliche Probleme, insbesondere überfüllte Gefängnisse. Ich habe bei diesem Thema meine Bedenken, denn dies könnte ein großes Hindernis für den Frieden sein. Auch hier brauchen wir die ganze internationale Kooperation auf verschiedenen Ebenen. Im Strafverfolgungssystem müssen Staat und Gesellschaft umdenken, wenn der Friedensprozess nicht scheitern soll.

**KAS:** *Was würde für das Land der Erfolg oder Misserfolg der Friedensverhandlungen bedeuten?*

---

<sup>3</sup> Piedad Córdoba ist eine ehemalige Senatorin der Liberalen Partei (1994-2010) und ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses. Ihr wurde zweimal 2005 und 2006 das Mandat aufgrund von Untersuchungen ihrer Beziehungen zur FARC-Guerrilla entzogen.



**RAS:** Wenn Kolumbien es schafft, diese Etappe des Konfliktes zu überwinden, dann wird es eines der Länder mit dem höchsten Lebensstandard in Lateinamerika sein. Kolumbien hat das Potenzial, in Fragen der Infrastruktur und des Lebensstandards in allen Bereichen voranzukommen. Die Wirtschaftswissenschaftler sagen, dass das Land mindestens um zwei zusätzliche Prozentpunkte jährlich wachsen würde. Ebenso gäbe es eine neue Gesellschaft, die nicht mehr vom Krieg geprägt wäre, sondern eine neue Form des Zusammenlebens finden könnte. Dies würde Gewinne auf allen Ebenen mit sich bringen.

Wenn die Verhandlungen scheitern, dann gäbe es die nächsten Verhandlungen wohl erst "in 50.000" Toten. Der Konflikt würde eskalieren und die Schäden wären nicht wiedergutzumachen. Manche prophezeien, dass dies die letzte Gelegenheit sei, um den Frieden zu erreichen. Man darf den Friedensprozess nicht überschätzen; aber es darf auch nicht unterschätzt werden, was bisher geschafft wurde.

**KAS: *Weshalb wurden die Verhandlungen nicht an die Bedingung eines Waffenstillstandes geknüpft?***

**RAS:** Der vorherige Friedensprozess scheiterte zweimal fast, weil zu Beginn ein Waffenstillstand vereinbart wurde und Teile der Streitkräfte und reaktionäre Kräfte durch Brüche des Waffenstillstandes einen Abbruch der Verhandlungen zu provozieren suchten. Folglich stellte der Waffenstillstand den Prozess in Frage. Dieses Mal war es daher ein kluge strategische Entscheidung, nicht mit einem Waffenstillstand zu beginnen, sondern diesen auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen, wenn die Verhandlungen fortgeschritten und konkrete Voraussetzungen geschaffen sein würden.

**KAS: *Inwieweit stehen wirtschaftliche Interessen auf beiden Seite einem Frieden entgegen?***

**RAS:** Dies ist ein komplexes Thema. Zum einen wird es hier darum gehen, dass der Staat ausreichend finanzielle Mittel für die Demobilisierung und Wiedereingliederung der FARC-Rebellen zur Verfügung stellt. Es stellt sich aber die Frage, ob die FARC ihre Mittel beisteuern muss oder nicht, denn jeder weiß, dass die FARC finanzielle Mittel hat. Man kann sich natürlich fragen, ob sich ihre finanziellen Mittel legalisieren lassen oder ob sie eingezogen werden müssen. Das sind schwierige Fragen im Schnittbereich von Politik und öffentlicher Moral.



## „Dieses Mal ist es anders“ - Interview mit Padre Darío Echeverri zum Friedensprozess in Kolumbien

### INTERVIEW MIT PADRE DARÍO ECHEVERRI



Padre Darío Echeverri ist Rechtsanwalt und Priester und hat sowohl in Rom als auch in verschiedenen Regionen Kolumbiens gelebt. Im Moment ist er Priester der Gemeinde Voto Nacional in Bogotá. Außerdem ist er Sekretär der Versöhnungs-kommission der kolumbianischen Bischofskonferenz und Mitglied des Friedensausschusses der Katholischen Kirche sowie der Verhandlungskommission mit der ELN. Sowohl von der Regierung als auch von den FARC wurde er als Mitglied der Kommission zur Ermöglichung eines humanitären Abkommens anerkannt, das zur Befreiung der Entführten beitragen sollte. Padre Echeverri hat eine Schule im Stadtteil Aguablanca in Cali mitgegründet, und

war Rektor von Schulen in Cali und Bogotá. Auch war er Professor für Kanonisches Recht und Richter des Kirchengerichtes.

**Hubert Gehring (HG):** Padre, es freut uns sehr, uns mit Ihnen über Ihre Erfahrungen zum Konflikt in Kolumbien austauschen zu können. Seit über 50 Jahren hört und liest man in Deutschland über die Angriffe der FARC und anderer bewaffneter Gruppen in Kolumbien. Jetzt, wo wieder einmal Verhandlungen anstehen, können sie uns bitte erklären, worum es in diesem Konflikt in Kolumbien eigentlich geht und warum in den letzten Jahrzehnten tausende von Kolumbianern dabei umgekommen sind?

**Padre Darío Echeverri (DE):** Also, um es vorweg zu sagen, ich bin praktisch wie ein "Fallschirmspringer" durch gewisse Lebensumstände in diese Mission "gefallen". Ich habe meine ganze Liebe und meinen Glauben hineingelegt, aber ich weiß, dass ich kein Techniker bin; ich kann Ihnen eher über mein Leben und meine Erfahrungen berichten, als aus professioneller Sicht eine Lösung des Konfliktes darzulegen.

Zunächst muss man einen Blick in die Vergangenheit werfen. Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen in der Vergangenheit und aufgrund einer ungleichen Verteilung von Grund und Boden, haben einige wenige in Kolumbien große Besitztümer, während viele nichts besitzen. Das bewirkte die Reaktion der FARC, die eine gerechtere Verteilung von Grund und Boden suchen und das ist auch der Hauptgrund ihres Kampfes. Die ELN suchen eher mehr Gerechtigkeit für die Arbeiterkassen, weswegen sie den Gewerkschaften näher stehen.

So entstanden die FARC, entstand die ELN, entstanden die Selbstverteidigungsgruppen auf dem Lande, aber nachdem der Konflikt sich verschärfte und die Guerilla ihre ursprünglichen Beweggründe vernachlässigt hatte, entstanden die Paramilitärs. Abertausende von Kolumbianern haben während dieses Konfliktes ihr Leben verloren. In manchen Jahren gab es in diesem Konflikt zwischen 34.000 und 37.000 Tote.

**HG:** Wenn es so einen schweren Konflikt in einem Land gibt, geht man normalerweise davon aus, dass Anstrengungen unternommen werden diesen zu lösen bzw. zumindest zu verhandeln. In Kolumbien besteht dieser Konflikt seit 50 Jahren, das heißt seit zwei Generationen und es gibt Familien mit drei Brüdern von denen der eine noch lebt, der zweite auf Seiten der Regierung umgekommen ist und der dritte auf der Seite der FARC. Warum eine so lange Konfrontation?



**DE:** Weil die tatsächlichen Gründe für diesen Konflikt von den staatlichen Institutionen nicht wirklich angegangen wurden. Es gab zwar Agrar-Reformen, die jedoch dem Problem nicht auf den Grund gegangen sind. Als sich der ehemalige Präsident Pastrana zu Beginn seiner Regierungszeit, das heißt vor mehr als 13 Jahren, mit den FARC zu Verhandlungen zusammengesetzt hat, wurde eine Agenda aufgestellt. Es ist traurig zu sehen, dass die Themen der aktuellen Verhandlungsagenda im Grunde dieselben sind, wie sie zu Beginn der Verhandlungen der Regierung Pastrana beschlossen wurden. Wenn die Verantwortlichen diese Probleme ernst genommen hätten, hätte man schon viele Gründe für diesen Konflikt ausschalten können, aber dies ist nicht geschehen.

**HG:** Das heißt, unabhängig von den politischen Parteien die jeweils an der Macht waren?

**DE:** Ja, unabhängig von den Parteien. Ich würde sagen, das Establishment, die Institutionen haben nicht den Willen gehabt, die Gründe für den Konflikt zu lösen.

**HG:** Heute hat eine neue Verhandlungsrunde zwischen der Regierung und den FARC begonnen. Ich habe den Eindruck, dass es dieses Mal eine sehr intensive Verhandlung wird. Welches ist die Position der Katholischen Kirche dazu?

**DE:** Die Annäherungen, die vor dem eigentlichen Dialog zwischen der Regierung und der FARC stattgefunden haben, fingen schon viel früher an, als in den Medien berichtet wird und es mussten große Probleme bewältigt werden, zum Beispiel die Ermordung von Alfonso Cano. Trotzdem konnte auch dieses Hindernis überwunden werden. Präsident Santos hat die Katholische Kirche aufgefordert, die pastoralen Dialoge mit Vorsicht zu führen, diese Annäherungen, die die Kirche mit den bewaffneten Gruppen unterhält. Ihre Rolle ist es nicht zu vermitteln, sondern den Prozess zu erleichtern. In Ausnahmefällen hat sie Verhandlungen geführt. Zum Beispiel als die ELN 2003 in der Sierra Nevada von Santa Marta eine Gruppe von Ausländern entführt hatte, darunter auch eine Deutsche. Damals hatte Präsident Uribe die Kirche gebeten, die Befreiung zu verhandeln. Und das haben wir auch geschafft.

Die Kirche hat dem Präsidenten bereits wiederholt gesagt: "Zählt auf uns, wir sind da". Der Präsident der Bischofskonferenz, Monseñor Rubén Salazar, hat öffentlich erklärt, dass die Kirche die Bemühungen der Regierung Santos unterstützt und als eine mutige Geste mit hohem Einsatz anerkennt. Dabei hat sie immer wieder ihre Bereitschaft betont, zu helfen, falls es notwendig sein sollte. Und der Präsident hat seine Delegierten geschickt, um mit Monseñor Salazar zu sprechen, dabei wurden die genauen Voraussetzungen definiert unter denen die Kirche mitarbeiten wird.

**HG:** Padre, wie sollte Ihrer Meinung nach das Programm für die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC aussehen? Wir haben in den Zeitungen die fünf Punkte der Agenda gelesen, dabei war es für mich sehr interessant zu sehen, dass an erster Stelle das Problem der Verteilung von Grund und Boden stand. Warum?

**DE:** Dieses Thema war immer der Ausgangspunkt für die FARC. Danach haben sie die Agenda erweitert bis das ganze gesetzgeberische Panorama abgedeckt war. Ich denke, das ist auch notwendig, weil immer noch eine große Ungleichheit bei der Verteilung des Bodens in diesem Land besteht. Und dieses Thema hat den bewaffneten

Konflikt verstärkt. Daher war es sehr klug, dass der Präsident in seiner legislativen Agenda einige Punkte aufgenommen hat, die immer die Hauptthemen der FARC waren; das heißt, er hat eine Verhandlung darüber vorweggenommen. Zum Beispiel, das Gesetz für Opfer und Boden. Auch das Thema der "Regalías" (Subventionen für Gemeinden, die Bodenschätze fördern), weil eine ungleiche Verteilung des Staatseinkommens zu beobachten ist.

Aber in diesen fünf Punkten sind weit mehr Themen enthalten. Wenn Sie das Programm lesen, werden Sie merken, dass die von







Timochenko<sup>4</sup> vorgeschlagenen Themen nicht mit denen von Santos übereinstimmen. Timochenko weitet seine Forderungen auf eine Reform des ganzen Staates und des Wirtschaftsmodells aus. Da steht ein schwieriges Tauziehen bevor, aber das ist ja in allen Verhandlungen so.

**HG:** Was hat eigentlich den Dialog zwischen Regierung und FARC in der Vergangenheit behindert? Und was ist dieses Mal anders?

**DE:** Eines der größten Hindernisse in der Vergangenheit war das Misstrauen. Es gab einfach kein Vertrauen zwischen den beiden Parteien, und das mit Recht. Ein weiteres Hindernis war das Thema des Drogenhandels, das ist sehr schlimm und schwer zu überwinden, vor allem für die Sektoren, die daraus Vorteile ziehen. Weiterhin ist da das Thema des Waffenschmuggels. Hoffentlich findet sich dafür eine Lösung, die auch von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert wird. Welche das ist, weiß ich auch nicht.



¿Was ist neu an diesem Prozess? Die Bedingungen der kolumbianischen Streitkräfte sind anders als zu Beginn der Verhandlungen im Caguán (die Verhandlungen mit der Regierung Pastrana im Jahr 1999). Die acht Jahre der Regierung Uribe wiegen schwer, da die FARC sowohl qualitativ als auch quantitativ nicht mehr dieselben sind. Das Verhalten von Chavez und sein Verhältnis zu Santos haben sich geändert. Auch die Situation in Kuba ist anders. Ebenso wie die wirtschaftliche Lage des Landes. Ich denke, viele Dinge haben sich geändert und dadurch gibt es heute eher den Wunsch sich an einen Verhandlungstisch zu setzen, der anders ist alle vorherigen.

gen.

**HG:** Glauben Sie an den guten Willen der Guerilla und auch der Regierung vor Ende des Jahres 2013 zu einem gemeinsamen Abkommen zu gelangen?

**DE:** Wie schon gesagt, laufen diese Annäherungen bereits viel länger als in den Medien berichtet, trotz der Ermordung einiger Mitglieder des Führungsstabes der FARC. Ich glaube, dass der gute Willen beider Parteien während dieser ganzen Zeit erhalten blieb. In diesem Moment denke ich, dass man die Erklärungen von Timochenko mit "Seidenhandschuhen" untersuchen sollte. Er spricht nicht von "Verhandlungen" sondern von "Dialogen". Und das ist ein großer Unterschied. Präsident Santos spricht ausdrücklich davon über ein Abkommen zu verhandeln, während Timochenko davon spricht, Dialoge zu beginnen, die nicht kurz sein werden.

**HG:** Alle Opfer und Akteure dieses Konfliktes auf beiden Seiten sind Kolumbianer... das tut doch sehr weh, oder?

**DE:** Ja, das tut sehr weh. Und es müssen sowohl die Beweggründe der Täter als auch die Interessen der Opfer berücksichtigt werden. Die Kirche muss ein "Meister der Menschlichkeit" sein und muss die Botschaft von Vergebung und Versöhnung vermitteln. Das ist die Aufgabe der Kirche und ist eine Voraussetzung dafür, dass es in Kolumbien eines Tages einen stabilen und dauerhaften Frieden geben kann.

**HG:** Glauben Sie, dass die Vorschläge des Präsidenten Santos für Vergebung, Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung innerhalb des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien gut gewählt sind? Ist Kolumbien bereit zu vergeben?

**DE:** Lassen Sie mich mit der zweiten Frage beginnen. Der Konflikt mit der FARC – der ja schon seit fast 60 Jahren besteht – hat sehr tiefe Wunden geschlagen. In Kolumbien sind Hass, Groll und Rache ständig präsent. Es muss

---

<sup>4</sup> der Kampfname von Timoleón Jiménez, dem gegenwärtiger FARC-Führer.





noch sehr viel getan werden, um eine Versöhnung zu erreichen. Das ist eine Sache, und das Terrain für eine Vergebung vorzubereiten, ist eine andere. Außerdem kann eine Vergebung nicht gesetzlich auferlegt werden, das ist etwas, was aus dem tiefsten Inneren jedes Menschen kommen muss. Und bevor eine Versöhnung stattfinden kann, muss eine Wahrheit gefunden werden, die über die juristische Wahrheitsfindung hinausgeht. Es handelt sich um eine historische Wahrheit: was sind die tieferen Gründe für diesen Konflikt, wie hat sich der Konflikt manifestiert, welche Verantwortung hatte jeder der Akteure in diesem Konflikt? Es muss auch an der Wiedergutmachung gearbeitet werden, was bedeutet, dass – über die finanzielle Wiedergutmachung hinaus – die Bedingungen geschaffen werden müssen, die es dem Opfer erlauben, seinem Peiniger in die Augen sehen zu können, die Vergangenheit zu akzeptieren und zu fühlen, dass seine Würde respektiert wird. Das Thema der Würde der Opfer ist von großer Bedeutung und ist eng verbunden mit dem Thema der Wiedergutmachung. Daher ist es eine sehr große Aufgabe, die uns erwartet, hinsichtlich der Wahrheitsfindung, der Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Wiedergutmachung und das sind ja unabdingbare Voraussetzungen, um Vergebung und Versöhnung zu erreichen. Daher würde ich Ihre Frage, ob die Vorschläge von Santos angebracht sind, mit ja beantworten.

**HG:** Alle an diesen Verhandlungen beteiligten Parteien gehen auch ein politisches und persönliches Risiko ein. So setzt z.B. Präsident Santos seine Präsidentschaft aufs Spiel. Was, wenn die Verhandlungen wieder scheitern sollten?



**DE:** Wir hoffen natürlich, dass das nicht passiert, aber es steht sehr viel auf dem Spiel. Für Santos stehen seine politische Karriere auf dem Spiel und das Ziel seiner Präsidentschaft. Die Geschichte wird seine Erfolge beurteilen und das kolumbianische Volk wird entscheiden, ob es ihn wieder-wählt oder nicht, je nach dem was passiert. Aber man muss auch die einzelnen Unterhändler sehen: Luis Carlos Villegas von der ANDI (kolumbianischer Unternehmerverband) vertritt die Interessen der Gremien. Die ehemaligen Generäle Naranjo und Mora verteidigen die Würde der Militärs. Humberto de la Calle Lombana ist ein sehr interessanter Mann, sehr intelligent und wird für die politischen Kräfte des Landes sprechen.

Es steht also sehr viel auf dem Spiel, aber über das politische Risiko für einige Sektoren hinaus, hängt das Schicksal des gesamten Landes davon ab.

**HG:** Wie sehen Sie die Position derjenigen, die nicht einverstanden sind mit diesen Verhandlungen? Zum Beispiel ist zu lesen, dass es scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Präsidenten Uribe und dem gegenwärtigen Präsidenten Santos gibt.

**DE:** Ich beurteile Uribe, den ich sehr gut kenne, nicht so hart. Vor einiger Zeit fragte man mich in einem Interview: Hat sich Uribe für die Friedensfindung engagiert? Und ich sagte: "ja". Viele Dinge, die öffentlich nicht so bekannt geworden sind, bewiesen seinen Willen, einen Ausweg zu finden und den Frieden zu suchen, auch noch in den letzten drei Monaten seiner Amtszeit. Ich glaube nicht, dass Uribe heute gegen den Frieden ist, er ist gegen die Art von Verhandlungen, die er aufgrund seiner Erfahrungen für unangemessen hält. Es gibt jedoch wirkliche, heimliche Feinde des Prozesses und des Friedens und das sind diejenigen, die wirtschaftliche Nutzen aus der Konfrontation ziehen und davon profitieren.

**HG:** Zum Abschluss noch eine Frage zur Rolle der NGO`s bei diesen Verhandlungen: Wie könnte eine internationale Organisation diesen Prozess unterstützen? Und, im speziellen Fall unserer Stiftung, welche Rolle können wir dabei spielen und welche nicht?

**DE:** Das hängt natürlich von der Art der NGO ab, aber die beste Art den Prozess zu unterstützen, ist auf jeden Fall eine ganz objektive, klare Annäherung mit den Kriterien Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.



Die internationale Gemeinschaft muss anerkennen, dass der kolumbianische Konflikt nur von Kolumbianern und auf kolumbianische Art gelöst werden kann. Andererseits müssen sie verstehen, dass wir jede mögliche Hilfe bei den Reparationen brauchen können. Die Deutschen haben der ganzen Menschheit ein Beispiel für Wiedervereinigung und Wiedergutmachung, sowie für die Behandlung der Opfer gegeben. Wir können daraus lernen und Ihr könnt uns zeigen wie das geht, uns unterstützen und helfen. Von daher kann die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Sinn für christlichen Humanismus eine enorme Hilfe bei der Schaffung der Bedingungen für Versöhnung und Vergebung leisten.

### **Allgemeines Abkommen zur Beendigung des Konfliktes und zur Herstellung eines stabilen und dauerhaften Friedens<sup>5</sup>**

Die Delegierten der Regierung der Republik Kolumbien (Nationale Regierung) und der Revolutionären Armee Kolumbiens – Volksarmee (FARCEP);

[haben]

Als Ergebnis der Vorverhandlungen, die in Havanna, Kuba, zwischen dem 23. Februar und dem 26. August 2012 stattgefunden haben, unter Beteiligung der Regierungen von Kuba und Norwegen als Garanten sowie mit logistischer Unterstützung und Begleitung der Regierung der Bolivarianschen Republik Venezuela;

Mit der beiderseitigen Entscheidung, den Konflikt zu beenden, als grundlegende Bedingung für den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens;

Dem Rufes der Bevölkerung nach Frieden folgend und unter Berücksichtigung nachfolgender Erwägungen:

-Die Herstellung des Friedens ist eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft, welche die Beteiligung aller, ohne Unterschied, erfordert und auch die anderen Guerrilla-Organisationen einschließt, die wir dazu einladen, sich auch an diesem Prozess zu beteiligen;

-Die Achtung der Menschenrechte auf dem gesamten Staatsgebiet ist ein förderungsbedürftiges Staatsziel;

- Die sozial gerechte und umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung garantiert Frieden und Fortschritt;

- Die gesellschaftliche Entwicklung in Gleichheit und Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung erlaubt es, als Land zu wachsen;

- Ein Kolumbien in Frieden wird eine aktive und souveräne Rolle für Frieden und Entwicklung in der Region und der Welt spielen;

- Es ist von großer Bedeutung, die Demokratie als Voraussetzung für eine solide Basis für den Frieden weiter auszubauen;

---

<sup>5</sup> Übersetzung des offiziellen Textes der Vereinbarung



Mit der uneingeschränkten Bereitschaft der nationalen Regierung und der FARC-EP, ein gemeinsames Abkommen zu erreichen, und mit dem Aufruf sowohl an die gesamte kolumbianische Gesellschaft als auch an die Organisationen zur regionalen Integration und an die internationale Gemeinschaft, diesen Prozess zu unterstützen;

**vereinbart:**

I. Direkte und ununterbrochene Verhandlungen über die einzelnen Punkte der Agenda in diesem Dokument zu beginnen, um so ein endgültiges Abkommen zur Beendigung des Konfliktes zu erarbeiten, das zur Herstellung eines stabilen und dauerhaften Friedens beiträgt.

II. Gespräche [Mesa de Conversaciones], die in Oslo, Norwegen, in den ersten 15 Tagen des Monats Oktober 2012 öffentlich eingerichtet wird und deren Hauptsitz Havanna, Kuba, ist. Diese Gespräche können auch in anderen Ländern abgehalten werden.

III. Die Effizienz des Prozesses zu garantieren und die schnelle und ungehinderte Bearbeitung der einzelnen Punkte der Agenda in der kürzestmöglichen Zeit abzuschließen, um so die Erwartungen der Gesellschaft bezüglich einer baldigen Übereinkunft zu erfüllen.

IV. Die Verhandlungen zu führen mit der Unterstützung der Regierungen von Kuba und Norwegen als Garanten und mit den Regierungen von Venezuela und Chile als Beobachter. Wenn es der Prozess verlangt, können nach Absprache aller Beteiligten auch noch andere hinzugeladen werden.

V. Die Agenda ist folgende:

**1. Integrale landwirtschaftliche Entwicklungspolitik**

Eine umfassende landwirtschaftliche Entwicklung ist unabdingbar, um die Integration der Regionen sowie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

1. Zugang zu und Nutzung von Grund und Boden. Nicht produktiver Grund und Boden. Formalisierung des Eigentums. Landwirtschaftlich genutzte Grenzgebiete und Naturschutzgebiete.

2. Entwicklungsprogramme mit territorialem Schwerpunkt.

3. Infrastruktur und Anpassung des Territoriums.

4. Soziale Entwicklung: Gesundheit, Erziehung, Wohnungsbau, Beseitigung der Armut.

5. Stimulierung der Agrarproduktion und einer solidarischen und kooperativen Ökonomie. Technische Beratung. Subventionen. Kredite. Schaffung von Einkommensmöglichkeiten. Vertrieb. Formelle Arbeitsverhältnisse.

6. System einer sicheren Nahrungsmittelversorgung.

**2. Politische Partizipation**

1. Rechte und Garantien für die Ausübung einer politischen Opposition im Allgemeinen und vor allem für die neuen politischen Bewegungen, die nach der Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens entstehen werden. Zugang zu den Medien.

2. Demokratische Mechanismen für eine staatsbürgerliche Teilhabe, einschließlich einer direkten Beteiligung auf den verschiedenen politischen Ebenen und den entsprechenden Themen.



3. Effektive Instrumente zur Förderung einer größeren Teilhabe aller Sektoren, einschließlich der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, an der nationalen, regionalen und lokalen Politik unter den gleichen Bedingungen und unter Gewährung ihrer Sicherheit.

### **3. Beendigung des Konfliktes**

Integraler und simultaner Prozess, der folgende Schritte umfasst:

1. Ein bilateraler und endgültiger Waffenstillstand und Einstellung der Feindseligkeiten.
2. Niederlegung der Waffen. Die an ihren Interessen orientierte wirtschaftliche, soziale und politische Wiedereingliederung der FARC-EP in das zivile Leben.
3. Die Regierung wird die erneute Prüfung der Situation derjenigen Personen koordinieren, die momentan wegen ihrer Zugehörigkeit zu bzw. Zusammenarbeit mit der FARC-EP ihrer Freiheit beraubt sind, sich in einem juristischen Prozess befinden oder bereits verurteilt wurden.
4. Parallel dazu wird die Regierung den Kampf gegen die kriminellen Organisationen und das Netz ihrer Unterstützer intensivieren; das schließt auch den Kampf gegen die Korruption und die Straflosigkeit ein, vor allem gegen jegliche Organisation, die für Morde und Massaker verantwortlich oder gegen Verteidiger von Menschenrechten, soziale oder politische Bewegungen vorgegangen ist.
5. Die Regierung wird Untersuchungen und Reformen sowie institutionelle Anpassungen vornehmen, um allen Herausforderungen der Herstellung des Friedens gerecht zu werden.
6. Sicherheitsgarantien.
7. Im Rahmen der Vorgaben in Punkt 5 (Opfer) dieses Abkommens wird unter anderem das Phänomen des Paramilitarismus geklärt werden.

Die Unterzeichnung des endgültigen Abkommens markiert den Beginn dieses Prozesses, der innerhalb eines angemessenen Zeitraumes in Abstimmung mit den beteiligten Parteien durchgeführt werden muss.

### **4. Lösung des Problems der illegalen Drogen**

1. Programme zur Substitution illegal genutzter Anpflanzungen. Integrale Entwicklungspläne unter Beteiligung der einzelnen Regionen zur Erarbeitung, Durchführung und Evaluierung der Programme zur Substitution und Wiederherstellung der von diesen Anpflanzungen betroffenen Gebiete.
2. Programme zur Vorbeugung des Konsums und der öffentlichen Gesundheit.
3. Lösungen des Phänomens der Produktion und Kommerzialisierung der Drogen.

### **5. Opfer**

Die Entschädigung der Opfer steht im Mittelpunkt des Abkommens zwischen der Regierung und der FARC-EP. In diesem Sinne sollen die folgenden Themen behandelt werden:

1. Die Menschenrechte der Opfer
2. Die Wahrheitsfindung



## 6. Implementierung, Verifizierung und Gegenzeichnung

Die Unterzeichnung des endgültigen Abkommens markiert den Beginn aller vereinbarten Punkte.

### 1. Mechanismen der Implementierung und Verifizierung

- a) System der Implementierung unter Beachtung der Besonderheiten der einzelnen Regionen.
- b) Kommissionen zur Überwachung und Verifizierung.
- c) Mechanismen zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.

Die Mechanismen werden Verfügungs- und Vollstreckungsvollmacht besitzen und setzen sich, je nachdem, aus Vertretern der Abkommensparteien und der Zivilgesellschaft zusammensetzen.

### 2. Internationale Begleitung.

### 3. Zeitplan.

### 4. Kosten.

### 5. Instrumente zur Information und Kommunikation.

### 6. Mechanismen zur Gegenzeichnung der Abkommen.

## IV. Die folgenden Regelungen zum Ablauf:

1. An den einzelnen Verhandlungsrunden werden bis zu 10 Personen von jeder Delegation teilnehmen, von denen bis zu 5 Personen Bevollmächtigte sind und jeweils als Sprecher auftreten können. Jede Delegation besteht aus bis zu 30 Vertretern.
2. Mit dem Ziel, zur Entwicklung des Prozesses beizutragen, können unter Beachtung der einschlägigen Verfahren Experten zu den einzelnen Themen der Agenda konsultiert werden.
3. Um die Transparenz des Prozesses zu garantieren, werden zu den Gesprächen periodische Berichte erarbeitet.
4. Es soll ein Mechanismus entwickelt werden, um gemeinsam die Fortschritte der Gespräche bekannt zu geben. Die Diskussionen im Rahmen der Gespräche werden nicht öffentlich gemacht.
5. Es wird eine wirksame Informationsstrategie implementiert.
6. Um eine breite Beteiligung zu garantieren, wird ein Mechanismus eingeführt, um Vorschläge von Bürgern und Organisationen zu den einzelnen Punkten der Agenda anzunehmen, sowohl mittels physischer als auch elektronischer Medien. Nach einem gemeinsamen Übereinkommen und in einem vorbestimmten Zeitraum, können im Rahmen der Gespräche direkte Befragungen durchgeführt, Vorschläge zu diesen Punkten angenommen oder die Organisation von Partizipations-möglichkeiten an Dritte delegiert werden.



7. Die Regierung garantiert die notwendige Finanzierung für die Funktionsfähigkeit der Gespräche. Diese Mittel werden effizient und transparent verwaltet.

8. Den Gesprächen werden die notwendigen technischen Mittel zu Verfügung gestellt, um den Prozess durchzuführen.

9. Die Gespräche beginnen mit dem Punkt „Integrale Politik zur landwirtschaftlichen Entwicklung“ und werden in der im Rahmen der Gespräche bestimmten Reihenfolge weitergeführt.

10. Die Gespräche werden nach dem Prinzip geführt, dass nichts vereinbart ist, bevor nicht alles vereinbart ist.

Unterzeichnet am 26. August 2012 in Havanna, Kuba.

Für die Regierung der Republik Kolumbien:

**Sergio Jaramillo**

Bevollmächtigter

Für die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee:

**Mauricio Jaramillo**

**Ricardo Téllez**

**Andrés Paris**

Bevollmächtigter

Bevollmächtigter

Bevollmächtigter

**Marco León Calarcá**

**Hermes Aguilar**

**Sandra Ramírez**

**Zeugen:**

Für die Regierung der Republik Kuba:

**Carlos Fernández de Cossío**

Für die Regierung von Norwegen:

**Dag Halvor Nylander**

Für die Regierung der Republik Kolumbien:

**Enrique Santos C. Álvaro–Alejandro Eder -Jaime E. Avendaño**

**Lucía Jaramillo Ayerbe**

**Elena Ambros**



•